



» **WIR** legen
die Basis für
eine erfolgreiche
Zukunft.«

Gemeinsam mehr als eine Bank

**Geschäftsbericht 2017
der Sparda-Bank West**

Sparda-Bank

Kennzahlen Geschäftsjahr 2017

Geschäftsjahr		2014	2015	2016	2017	Veränderung
Bilanzsumme	Mrd. EUR	8,443	8,623	8,897	9.252	4,0 %
Kundeneinlagen	Mrd. EUR	7,644	7,759	7,985	8.339	4,4 %
Kreditbestand	Mrd. EUR	4,499	4,565	4,622	4.571	-1,1 %
Zinsergebnis	Mio. EUR	157,9	157,8	144,7	127,3	-12,0 %
Provisionsergebnis	Mio. EUR	25,3	23,8	29,3	32,8	11,9 %
Teilbetriebsergebnis	Mio. EUR	68,2	58,0	60,3	40,9	-32,1 %
- in % der durchschnittlichen Bilanzsumme	%	0,81	0,68	0,68	0,45	-34,3 %
Ergebnis vor Steuern	Mio. EUR	54,4	59,9	59,0	47,5	-19,5 %
Jahresüberschuss	Mio. EUR	18,3	17,6	18,3	13,8	-24,7 %
Mitglieder	Anzahl	472.320	481.776	484.568	486.485	0,4 %
Kunden	Anzahl	554.710	563.828	571.043	569.379	-0,3 %
Filialen	Anzahl	70	70	67	67	0
Mitarbeiter insgesamt	Anzahl	917	893	852	829	-2,7 %
Mitarbeiter in Vollzeit	umgerechnet	750	730	698	684	-2,0 %

Die Berechnung der prozentualen Veränderungen erfolgt aus den zugrundeliegenden vollen Eurobeträgen.

Inhalt

Vorwort des Vorstandes	2
Lagebericht und Konzernlagebericht	4
Grundlagen des Konzerns	4
Wirtschaftsbericht	4
Erklärung zur Unternehmensführung	13
Risiken der künftigen Entwicklung	13
Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken	16
Nichtfinanzielle Erklärung	17
Bericht des Aufsichtsrates	18
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017	20
Bilanz	20
Gewinn- und Verlustrechnung	22
Anhang	23
Konzernabschluss zum 31. Dezember 2017	32
Konzern-Bilanz	32
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	34
Konzern-Kapitalflussrechnung	35
Konzern-Eigenkapitalpiegel	36
Konzern-Anhang	37
Zusatzangaben gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG	47
Bestätigungsvermerk	48
Nordrhein-Westfalen mit dem Geschäftsgebiet der Sparda-Bank West	56
Prokuristen	60

Die Berechnung der prozentualen Veränderungen erfolgt aus den zugrundeliegenden vollen Eurobeträgen.

**Liebe Leserinnen und Leser,
sehr geehrte Mitglieder und Kunden,**

der Geschäftsbericht einer Bank ist ein wichtiger Halt im steten Strom der Informationen. Einmal im Jahr zeigt er genau, was war. Der Jahresabschluss und der Lagebericht geben konkret Auskunft über die Lage des Unternehmens. Was hier abgeschlossen wird, markiert allerdings kein wirkliches Ende. Denn wenn der Bericht gedruckt und ausgeliefert wird, ist fast die Hälfte des folgenden Geschäftsjahres bereits vorüber. Längst hat Neues begonnen. Stillstand gibt es nicht. Für die Sparda-Bank West ist das seit mittlerweile mehr als 100 Jahren so. Wenn man sich auf eines fest verlassen kann, dann ist es der Wandel.

Damit lässt sich im Raiffeisen-Jahr 2018 wunderbar anknüpfen an das große Vermächtnis des genossenschaftlichen Vordenkers, der vor 200 Jahren geboren wurde. Friedrich Wilhelm Raiffeisen wollte, dass sich etwas ändert: Hungernde sollten satt werden – dafür entdeckte und nutzte er die Kraft der Gemeinschaft. Und er legte damit zugleich den Grundstein für unsere nach wie vor so besondere Form des genossenschaftlichen Bankings. Deren Wandlungsfähigkeit hat sich in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder bewiesen. Aus einer zunächst reinen Eisenbahnerbank ist längst eine für alle Bevölkerungskreise offene Gemeinschaft geworden, die für faire, attraktive und kostengünstige Finanzdienstleistungen steht.

Dabei hat sich unsere Genossenschaft auch technologisch stets den neuen Anforderungen angepasst. Belege und Formulare wurden weitgehend von digitaler Technik abgelöst. Wer ein Smartphone hat, kann seine Sparda-Bank heute im wahrsten Sinne des Wortes in die Tasche stecken. Und ein Ende der Entwicklungen ist nicht abzusehen. Auch hier gilt: Stillstand gibt es nicht. Und wer das Morgen erfolgreich gestalten will, muss damit heute beginnen.

Die Notwendigkeit, den Wandel aktiv zu betreiben, lässt sich auch an Zahlen ablesen. Kundeneinlagen, die einst eine verlässliche Einnahmequelle für unsere Genossenschaftsbank waren, haben sich in den Minuszinszeiten zur Belastung entwickelt. Zugleich steigen die Kosten,

weil vielfältige gesetzgeberische Vorgaben erfüllt und Investitionen in die digitale Infrastruktur geleistet werden müssen. Vor allem aber, weil wir unser Filialnetz und die damit verbundene persönliche Beratung für die Zukunft sicherstellen wollen.

Als Unternehmen sind wir also gefordert, neue Einnahmequellen zu finden. Wir verlagern unsere Anstrengungen daher vom Zins- auf das Provisionsgeschäft. Privatkredite vermitteln wir zum Beispiel durch „easyCredit“ an unseren neuen genossenschaftlichen Partner, der Teambank. Wir erschließen mit der Vermarktung von SpardaEnergie-Verträgen der Stadtwerke Krefeld ein völlig neues Geschäftsfeld. Zudem werden wir ausgewählte, zuvor kostenlose Dienstleistungen moderat bepreisen. Und wir arbeiten intensiv daran, unsere Möglichkeiten im Rahmen eines partnerschaftlichen Zusammenschlusses mit der Sparda-Bank Münster zu einer neuen Sparda-Bank West zu erweitern, um unseren Wettbewerbern auch in Zukunft Paroli bieten zu können.

Der vorliegende Geschäftsbericht zeigt, dass wir diese notwendigen strategischen Weiterentwicklungen auf einer tragfähigen ökonomischen Basis vollziehen können. Und was die Zahlen nicht zeigen, sei hier ausdrücklich hervorgehoben: Die Sparda-Bank West hat großartige, engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie sind es, die unsere Genossenschaft seit jeher so stark machen. Mit ihnen werden wir den Zukunftsweg des Wandels gemeinschaftlich im Dienste unserer Mitglieder und Kunden erfolgreich weitergehen.

Der Vorstand

Wir entwickeln unsere genossenschaftlichen Geschäftsfelder mit Augenmaß weiter.

Lagebericht und Konzernlagebericht

1. GRUNDLAGEN DES KONZERNS

Der Konzern umfasst die

- Sparda-Bank West eG, Düsseldorf, sowie die Tochterunternehmen
- LAUREUS AG PRIVAT FINANZ, Düsseldorf,
- VIANTIS AG, Düsseldorf.

Die Wurzeln der Sparda-Bank West liegen in Essen, Wuppertal und Köln. Dort gründeten Eisenbahner in den Jahren 1905, 1907 und 1922 ihre eigenen „Spar- und Darlehnskassen“. Damit schufen sie das Fundament für die Sparda-Bank West, zu der sich die Sparda-Banken Essen, Wuppertal und Köln im Jahr 2002 zusammengeschlossen haben. Das Geschäftsgebiet erstreckt sich über große Teile Nordrhein-Westfalens (NRW) und der Sitz befindet sich in der Landeshauptstadt Düsseldorf. Die Sparda-Bank West ist nicht kapitalmarktorientiert und gehört zum genossenschaftlichen Finanzverbund und dessen Sicherungseinrichtungen.

Das Geschäftsprofil ist auf Privatkunden ausgerichtet und die angebotenen Produkte und Dienstleistungen rund um das Bankgeschäft berücksichtigen die Bedürfnisse privater Kunden. Als moderne Omnikanalbank bietet die Sparda-Bank West mehrere Kommunikationswege an. Der Kunde entscheidet, wie er die angebotenen Dienstleistungen in Anspruch nehmen möchte: persönlich über eine der fast 70 Filialen in NRW, über das Telefon, online über das Internet oder mobil mittels SpardaApp. Mit fairen und leistungsstarken Produkten sowie Dienstleistungen streben wir eine starke und sympathische Gemeinschaft mit zufriedenen Kunden an.

Bei der LAUREUS AG PRIVAT FINANZ handelt es sich um ein Finanzdienstleistungsinstitut, das in dem Bereich Private Banking tätig ist und der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterliegt. Die VIANTIS AG ist im Bauträgergeschäft, in der Immobilienbewertung und in der Finanzvermittlung tätig und bietet darüber hinaus weitere Dienstleistungen an.

Für das Geschäftsjahr 2017 wurde ein Konzernabschluss aufgestellt, in den die oben genannten Unternehmen einbezogen wurden. Sofern sie von wesentlicher Bedeutung sind und um ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln, sind im nachfolgenden Bericht neben den Abschlusszahlen der Sparda-Bank West auch die Konzernabschlusszahlen dargestellt.

2. WIRTSCHAFTSBERICHT

2.1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft

2.1.1. Konjunktur in Deutschland

Der bereits seit dem Jahr 2013 andauernde Konjunkturaufschwung in Deutschland schritt in 2017 weiter voran und führte erneut zu einem überdurchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Wachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte nach ersten amtlichen Schätzungen gegenüber dem Vorjahr um 2,2 % zu und expandierte damit noch etwas stärker als in 2016 (+1,9 %). Insgesamt erfuhr das preis-, kalender- und saisonbereinigte BIP im bisherigen Verlauf des Aufschwungs und auch im Jahr 2017 von Quartal zu Quartal nur relativ geringe Schwankungen. Globale Unsicherheiten, wie beispielsweise die protektionistischen Tendenzen der neuen US-Regierung und der angekündigte harte Austritt Großbritanniens aus der EU, beeinträchtigten das Wirtschaftswachstum Deutschlands offenbar nur wenig. Grund hierfür dürfte nicht zuletzt sein, dass das Wachstum weniger durch außenwirtschaftliche, sondern vielmehr durch binnenwirtschaftliche Faktoren getrieben wurde.

Haupttreiber des gesamtwirtschaftlichen Wachstums waren 2017 abermals die staatlichen und privaten Konsumausgaben. Angesichts der unvermindert günstigen Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung sowie der nach wie vor lediglich moderaten Teuerung der Verbraucherpreise erhöhten

die privaten Haushalte ihre Ausgaben ähnlich deutlich wie in 2016 (+1,9 % gegenüber +2,1 %). Befördert wurde der private Verbrauch zudem durch die im Rahmen der Flüchtlingsmigration ausgeweiteten staatlichen Transferzahlungen und durch die merkliche Anhebung der Altersrenten vom Vorjahr, die erst 2017 voll wirkte. Von der vorgenommenen Entlastung bei der Einkommensteuer gingen hingegen kaum Effekte aus, da dieser ein Anstieg des Beitragssatzes für die gesetzliche Pflegeversicherung gegenüberstand. Der Privatkonsum war zusammen mit den Konsumausgaben des Staates, die um 1,6 % stiegen, für 1,3 Prozentpunkte des BIP-Wachstums verantwortlich.

Der öffentliche Gesamthaushalt erzielte 2017 das vierte Jahr in Folge einen Finanzierungsüberschuss. Zwar kam es aufgrund der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik und der vom Bundesverfassungsgericht verlangten Rückzahlung der Kernbrennstoffsteuer zu erheblichen Haushaltsbelastungen. Diese Belastungen konnten jedoch durch weiterhin kräftig sprudelnde Steuer- und Beitragseinnahmen sowie Einsparungen bei den Zinsausgaben mehr als ausgeglichen werden. Vor diesem Hintergrund schloss die öffentliche Hand das Jahr mit einem Überschuss von 36,6 Mrd. EUR ab, was 1,1 % des BIP entsprach. Der Finanzierungsüberschuss fiel damit absolut gesehen so stark aus, wie noch nie seit der deutschen Wiedervereinigung. Der Schuldenstand des Staates verminderte sich in Relation zum BIP von 68,1 % in 2016 auf rund 65,0 %.

Am Arbeitsmarkt setzten sich die günstigen Trends der Vorjahre fort. Die Anzahl der erwerbstätigen Menschen mit inländischem Arbeitsort stieg im Vorjahresvergleich um 653.000 auf rund 44,3 Millionen. Wichtigster Motor des Arbeitskräftezuwachses war weiterhin der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Demgegenüber war die Zahl der Arbeitnehmer, die ausschließlich einen Minijob ausüben, und die Zahl der Selbstständigen erneut rückläufig. Die Arbeitslosenzahl sank von knapp 2,7 Millionen Menschen in 2016 auf etwa 2,5 Millionen. Die Arbeitslosenquote nahm im Vorjahresvergleich um 0,4 Prozentpunkte auf 5,7 % ab und befand sich damit auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Die Inflationsrate stieg zum Jahresbeginn zeitweise auf über 2 %. Preistreibend wirkten dabei insbesondere der Wegfall der entlastenden Wirkung des Ölpreisrückgangs vom Winterhalbjahr 2015/2016 sowie die im Zuge schwacher Ernten in Südeuropa zunehmenden Nahrungsmittelpreise. Ab dem Frühsommer sorgten dann aber Faktoren wie die Aufwertung des Euro-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar, die Importe tendenziell verbilligt, und die zeitweise abnehmenden Ölpreise für einen Rückgang der Inflationsrate. Im Jahresdurchschnitt legten die Verbraucherpreise um 1,8 % zu, nachdem sie 2016 um 0,5 % gestiegen waren.

2.1.2. Finanzmärkte

Nach Jahren politischer wie auch wirtschaftlicher Unsicherheit besserte sich in 2017 die Stimmung an den Finanzmärkten nachhaltig. Grund hierfür war in erster Linie die Rückkehr eines robusten Wirtschaftswachstums sowohl im Euroraum als auch in den USA. Für die wachsende Zuversicht sorgte dabei vor allem das Wachstum im Euroraum. In 2017 expandierten nicht nur die Volkswirtschaften der Kern-, sondern auch der Peripherie-Staaten des Währungsraumes. Die Verunsicherung an den Finanzmärkten im Zuge der Trump-Präsidentschaft oder der schwierig verlaufenden Brexit-Verhandlungen hielten sich demgegenüber in Grenzen. Auch konnten die kriegerischen Konflikte im Nahen Osten und die angespannte Lage zwischen Nordkorea und seinen direkten Nachbarstaaten die Stimmung an den Finanzmärkten nicht nachträglich dämpfen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in 2017 an ihrem extrem expansiven Kurs festgehalten. Die europäischen Notenbanker beließen die Leitzinsen für den Euroraum unverändert auf historisch niedrigen Niveaus. So blieb der EZB-Hauptrefinanzierungssatz für die Finanzinstitute des Euroraumes bei 0,0 % und der Einlagensatz mit -0,4 % im negativen Bereich. Darüber hinaus setzte die EZB ihr Anleiheankaufprogramm fort. So kaufte die europäische Notenbank bis einschließlich März monatlich Wertpapiere im Wert von 80 Mrd. EUR. Wie auf der EZB-Ratssitzung vom Dezember 2016 beschlossen, wurde das Ankaufprogramm der EZB bis zum Ende des Jahres 2017, allerdings zu einem niedrigeren monatlichen Volumen in Höhe von 60 Mrd. EUR, verlängert. Vor dem Hintergrund des im Jahresverlauf anziehenden Aufschwungs im Euroraum beschloss der EZB-Rat im Oktober 2017 eine Verlängerung des Programms bis mindestens September 2018, dies allerdings zu einem ab Januar 2018 erneut verringerten monatlichen Kaufvolumen von 30 Mrd. EUR.

Die US-amerikanische Zentralbank Fed hat in 2017 die zinspolitische Wende weiter vorangetrieben. Im Laufe des vergangenen Jahres erhöhten die Notenbanker den Zielkorridor für den US-Leitzins sukzessive in drei Schritten um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf 1,25 % bis 1,5 %. Zudem begann die US-Notenbank ab dem vierten Quartal mit der Reduzierung ihrer durch die Anleiheankäufe auf 4,5 Billionen US-Dollar angewachsenen Bilanz. Die Verringerung der US-Notenbankbilanz begann behutsam: Ab Oktober 2017 reduzierte die Fed die Summe der reinvestierten Rückflüsse aus den Ankaufprogrammen um 10 Mrd. US-Dollar pro Monat. Der für die geldpolitischen Entscheidungen zuständige Offenmarktausschuss der Fed begründete die Schritte zur weiteren Normalisierung der US-Geldpolitik mit der guten konjunkturellen Lage in den Vereinigten Staaten. So setzte die Arbeitslosenquote in 2017 ihren Rückgang fort und sank binnen Jahresfrist um über einen halben Prozentpunkt auf 4,1 %. Die Arbeitslosenquote war damit zum Ende des Jahres so niedrig wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr. Die US-Inflationsrate blieb allerdings mit weniger als 2 % unterdurchschnittlich. Aus diesem Grund fiel die Normalisierung der Geldpolitik auch nicht schärfer aus.

Die Renditen von Bundesanleihen sind im vergangenen Jahr moderat gestiegen. Auf Jahressicht stieg die Rendite zehnjähriger Bundeswertpapiere um 22 Basispunkte auf 0,42 %. Die Renditen zwei- und fünfjähriger Bundesanleihen stiegen ähnlich stark, allerdings blieben ihre Renditen mit -0,63 % und -0,20 % zum Jahresultimo im negativen Bereich. Ausschlaggebend für das Renditeplus bei Bundesanleihen waren Anpassungen der geldpolitischen Erwartungen im Zuge des konjunkturellen Aufschwunges im Euroraum. Ab Jahresmitte setzte sich an den Kapitalmärkten die Auffassung durch, dass die EZB eher eine Normalisierung als eine weitere Lockerung ihrer Geldpolitik anstrebe. Angesichts der sich spürbar bessernden konjunkturellen Lage im Euroraum engten sich auch die Renditeaufschläge der Euro-Staaten zu Bundeswertpapieren ein. Insbesondere Staatsanleihen aus Portugal und Griechenland erlebten einen spürbaren Nachfrageanstieg, der sich auf Jahressicht in einem deutlichen Rückgang ihrer Renditen niederschlug. Darüber hinaus trieb die geldpolitische Normalisierung in den USA die Renditen von Bundesanleihen über den Kanal der weltweiten Zinsführerschaft von Staatsanleihen der Vereinigten Staaten. Im Zuge der sukzessiven Leitzinserhöhungen der Fed legten in den USA vor allem am kurzen Ende der Strukturkurve die Renditen zu. So stieg die Rendite zweijähriger US-Treasuries im Jahresverlauf um 69 Basispunkte auf 1,89 %. Zehnjährige US-Treasuries notierten mit einem Jahresendwert von 2,41 % hingegen nahe ihrem Vorjahresresultimo. Grund hierfür war unter anderem, dass die Normalisierung der US-Geldpolitik bereits in 2016 in den längerfristig laufenden Staatsanleihen eingepreist worden war.

Der Euro hat in 2017 deutlich aufgewertet und notierte zum Jahresultimo bei 1,19 US-Dollar. Das waren 14 US-Cent mehr als Ende 2016. Der Anstieg des Euro gegenüber dem US-Dollar vollzog sich vor allem im zweiten und dritten Quartal 2017. Die europäische Gemeinschaftswährung profitierte in 2017 vom robusten konjunkturellen Aufschwung und den veränderten geldpolitischen Erwartungen im Währungsraum. Zum einen zeichnete sich im Frühling ein deutlich stärkerer Aufschwung im Euroraum ab als zuvor erwartet worden war. Zum anderen festigte sich an den Devisenmärkten die Erwartung, dass die EZB ihre ultra-lockere Geldpolitik nicht weiter lockern, sondern vielmehr die Normalisierung der Geldpolitik angehen werde, wenn auch in einem sehr langsamen Tempo. Darüber hinaus stützte den Euro die Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Frankreich, wo sich bei den französischen Präsidentschaftswahlen der überparteiliche Emmanuel Macron gegen die Kandidatin des Front National durchsetzen konnte. Macrons klares Bekenntnis zum Euro stärkte das Vertrauen der Investoren in den Währungsraum. Profitieren konnte der Euro auch von der Schwäche des US-Dollars, der unter den politischen Unsicherheiten im Zuge der Trump-Präsidentschaft zu leiden hatte.

Für die Aktienmärkte war das vergangene Jahr ein gutes Jahr. Dies- wie jenseits des Atlantiks legten die Kurse an den Börsen spürbar zu. Zunächst stiegen die Aktienkurse im DAX ab Mitte April 2017 innerhalb weniger Wochen um rund 1.000 Punkte auf knapp unter 13.000 Zähler. Grund hierfür war ein gestärktes Vertrauen in die Wirtschaft Deutschlands aber auch des gesamten Euroraumes, nachdem wichtige Wirtschaftsindikatoren auf ein stärkeres Wachstum hingewiesen hatten, als zu Jahresbeginn erwartet worden war. Im Hochsommer gab der deutsche Leitindex vorübergehend fast seine gesamten zuvor angesammelten Kursgewinne wieder ab. Grund hierfür war zum einen der erstarkende Euro. Viele Investoren fürchteten, der höhere Außenwert des Euro werde die Konjunktur in Deutschland und dem Euroraum dämpfen. Zum anderen verunsicherte die Krise in der Automobilindustrie im Zuge des Diesel-Skandals viele Investoren. Erst im Herbst marschierte der DAX wieder unbeirrt in Richtung der Marke von 13.000 Punkten, welche er Mitte Oktober wieder reißen konnte. Sein Jahreshoch von 13.478 Zählern markierte der DAX nur kurze Zeit später am 3. November 2017. Getrieben wurde dieser fulminante Anstieg erneut von einem wieder zunehmenden Konjunkturoptimismus dies- wie

jenseits des Atlantiks. Das hohe Niveau konnte der DAX zwar nicht lange halten. Gleichwohl beendete der Deutsche Aktienindex das Jahr 2017 mit 12.918 Punkten auf einem deutlich höheren Niveau als zum Vorjahresultimo. Insgesamt belief sich das Jahresplus auf 12,5 %.

2.2. Entwicklung der Sparda-Banken

Die positive geschäftliche Entwicklung der zwölf in Deutschland ansässigen Sparda-Banken in den vergangenen Jahren konnte auch im Jahr 2017 fortgesetzt werden. Die Kundeneinlagen stiegen um 2,4 Mrd. EUR (4,0 %) und betragen zum Jahresende 62,6 Mrd. EUR. Der Zuwachs wurde im Umfeld eines intensiven Wettbewerbs um private Kunden erreicht. Das Kreditgeschäft entwickelte sich verhaltener und stieg leicht auf 42,3 Mrd. EUR. Die Erhöhung von 0,5 Mrd. EUR ist hauptsächlich auf die Ausweitung der Baufinanzierungen zurückzuführen. Das Kreditgeschäft der Sparda-Gruppe besteht zu über 90 % aus privaten Finanzierungen für wohnwirtschaftliche Zwecke. Die Bilanzsumme aller Sparda-Banken stieg um 2,3 Mrd. EUR bzw. 3,3 % und betrug zum Jahresende 71,6 Mrd. EUR. Die Anzahl der Mitglieder reduzierte sich leicht um 0,2 %. Zum Jahresende betrug die Anzahl der Mitglieder bei den zwölf Sparda-Banken 3,62 Millionen.

2.3. Geschäftsverlauf der Sparda-Bank West eG

Bei den Kundengeschäften waren 2017 unterschiedliche Entwicklungen zu verzeichnen. Der beabsichtigten und erreichten Gewinnung von Neukunden stand eine Erhöhung der Kundenabgänge gegenüber, sodass sich die Anzahl der Kunden leicht verringerte. Aufgrund des prognostizierten Geschäftsumfeldes war eine Beibehaltung des Einlagevolumens vorgesehen, welches jedoch spürbar anstieg. Die Kreditbestände haben sich, entgegen der Erwartung eines geringen Wachstums, leicht reduziert.

Die Erwartungen bei dem Zinsergebnis mit einem deutlichen Rückgang und bei dem Provisionsergebnis mit einer deutlichen Erhöhung sind eingetreten. Unter Berücksichtigung von reduzierenden Einmaleffekten im Jahr 2016 stiegen die Verwaltungsaufwendungen im Jahr 2017 leicht an, womit die angestrebte Optimierung knapp erreicht wurde. Der ausgewiesene Jahresüberschuss liegt aufgrund eines steuerlichen Sondereffekts deutlich unter dem erwarteten leicht rückläufigen Jahresüberschuss.

2.3.1. Geschäftsentwicklung

Die Bilanzsumme stieg um 355,0 Mio. EUR und betrug zum Jahresende 9.252,2 Mio. EUR (2016: 8.897,2 Mio. EUR). Dies bedeutet eine Steigerung von 4,0 % (2016: 3,2 %).

Die Konzernbilanzsumme betrug 9.247,2 Mio. EUR (2016: 8.915,9 Mio. EUR).

Geschäftsvolumen	Bestände	Bestände	Veränderungen	
	Berichtsjahr Mio. EUR	Vorjahr Mio. EUR	Mio. EUR	%
Bilanzsumme	9.252,2	8.897,2	355,0	4,0
Konzernbilanzsumme	9.247,2	8.915,9	331,3	3,7
Außerbilanzielle Geschäfte	1.683,1	2.001,2	-318,1	-15,9

2.3.2. Aktivgeschäft

Aktivgeschäft	Bestände	Bestände	Veränderungen	
	Berichtsjahr Mio. EUR	Vorjahr Mio. EUR	Mio. EUR	%
Kundenforderungen	4.571,4	4.621,6	-50,2	-1,1
Wertpapiere	2.731,1	2.680,7	50,4	1,9
Forderungen an Kreditinstitute	1.396,3	1.172,2	224,1	19,1

Die erwartete leichte Bestandserhöhung bei den Kundenforderungen wurde aufgrund der Reduzierung der Konsumentenkredite und der Entwicklung des Baufinanzierungsgeschäfts unterschritten. Insgesamt war ein Rückgang von 50,2 Mio. EUR bzw. 1,1 % zu verzeichnen. Zum Jahresende betrug der Bestand 4.571,4 Mio. EUR (2016: 4.621,6 Mio. EUR). Die Inanspruchnahmen auf Girokonten und die Konsumentenkredite verzeichneten einen Rückgang von insgesamt 68,1 Mio. EUR. Demgegenüber stand eine leichte Erhöhung des Baufinanzierungsgeschäfts um 17,9 Mio. EUR.

Aufgrund des Liquiditätszuflusses stiegen der Wertpapierbestand leicht um 50,4 Mio. EUR auf 2.731,1 Mio. EUR (2016: 2.680,7 Mio. EUR) und die Forderungen an Kreditinstitute um 224,1 Mio. EUR auf 1.396,3 Mio. EUR (2016: 1.172,2 Mio. EUR).

Die Forderungen an Kunden im Konzernabschluss betragen ebenfalls 4.571,4 Mio. EUR (2016: 4.619,3 Mio. EUR).

2.3.3. Passivgeschäft

Passivgeschäft	Bestände	Bestände	Veränderungen	
	Berichtsjahr Mio. EUR	Vorjahr Mio. EUR	Mio. EUR	%
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	307,6	310,7	-3,1	-1,0
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	8.339,2	7.984,7	354,5	4,4
Spareinlagen	2.748,0	2.834,5	-86,5	-3,1
andere Verbindlichkeiten	5.591,2	5.150,2	441,0	8,6

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden geringfügig um 3,1 Mio. EUR reduziert. Sie betragen zum Jahresende 307,6 Mio. EUR (2016: 310,7 Mio. EUR). Der Rückgang betrug 1,0 % und erfolgte bei den Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden betragen 8.339,2 Mio. EUR (2016: 7.984,7 Mio. EUR). Die Steigerung in Höhe von 354,5 Mio. EUR (2016: 226,0 Mio. EUR) entspricht einem relativen Zuwachs von 4,4 % (2016: 2,9 %). Der Mittelzufluss aus dem Kundengeschäft übertraf damit die Erwartungen. Es wurden täglich fällige Einlagen bevorzugt, weil Anreize zur längerfristigen Geldanlage aufgrund des niedrigen Zinsniveaus kaum existieren. Infolgedessen sanken die Spareinlagen um 86,5 Mio. EUR (-3,1 %) und betragen zum Jahresende 2.748,0 Mio. EUR. Diese Reduzierung führte zusammen mit den neu gewonnenen Kundengeldern zu Bestandserhöhungen bei den anderen Verbindlichkeiten in Höhe von 441,0 Mio. EUR, die damit um 8,6 % auf 5.591,2 Mio. EUR stiegen (2016: 5.150,2 Mio. EUR).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Konzernabschluss betragen 8.328,5 Mio. EUR (2016: 7.979,3 Mio. EUR).

2.3.4. Außerbilanzielle Geschäfte

Außerbilanzielle Geschäfte bestanden in Höhe von 1.683,1 Mio. EUR (2016: 2.001,2 Mio. EUR). Zur Steuerung und Reduzierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung werden Derivate eingesetzt. Die zu diesem Zweck abgeschlossenen Finanztermingeschäfte in Form von Zins-Swaps beliefen sich nominell auf 1.460,0 Mio. EUR (2016: 1.785,0 Mio. EUR). Des Weiteren bestanden andere Verpflichtungen aus unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 219,0 Mio. EUR (2016: 211,7 Mio. EUR). Für Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen wurden 4,1 Mio. EUR bilanziert (2016: 4,5 Mio. EUR).

2.3.5. Dienstleistungsgeschäft

Die Produkte der Sparda-Bank West wurden durch die Angebote der Verbundpartner in bewährter Weise ergänzt. Es wurden Produkte der Union Investment, der DEVK Versicherung, der Bausparkasse Schwäbisch Hall, der Münchener Hypothekenbank und ab 2017 der TeamBank erfolgreich vermittelt.

Der Absatz von Produkten aus dem Fondsgeschäft mit der Union Investment ist im Berichtsjahr erneut gestiegen. Die ab dem Jahresanfang 2017 begonnene Vermittlung des Produkts easyCredit der TeamBank verlief ebenfalls erfolgreich. Der DEVK wurden umfangreich Versicherungen vermittelt, auch wenn die Vermittlung im Bereich des Versicherungsschutzes für herausgelegte Konsumentenkredite rückläufig war. Der Abschluss von Bausparverträgen der Bausparkasse Schwäbisch Hall fiel gegenüber dem Vorjahr niedriger aus. Das Rekordniveau des Vorjahres der an die Münchener Hypothekbank vermittelten Kreditgeschäfte wurde 2017 nicht erreicht.

2.3.6. Investitionen

Unsere zu Bankzwecken genutzten Räumlichkeiten werden auf Basis mittelfristiger Investitionsplanungen modernisiert. Im Geschäftsjahr 2017 wurde die Modernisierung der Zentrale in Düsseldorf weitestgehend abgeschlossen. Unsere Filiale Neuss zog im September in neue Räumlichkeiten um. Darüber hinaus wurden Investitionen in Soft- und Hardware der Informationstechnologie sowie in neue Geldautomaten, darunter auch solche mit Einzahlungsfunktion, vorgenommen.

2.3.7. Personal- und Sozialbereich

Gegenüber dem Vorjahr reduzierte sich die Zahl der durchschnittlich Beschäftigten um 21 auf 808 Personen (2016: 829 Personen). Es wurden durchschnittlich 34 Auszubildende beschäftigt (2016: 36 Auszubildende).

Durchschnittlich Beschäftigte	2017
Beschäftigte insgesamt	808
Teilzeitbeschäftigte	236
Auszubildende	34

Die Personalreduzierung ist auf das Auslaufen befristeter Verträge sowie auf endende Altersteilzeitverträge und Abgänge aufgrund normaler Fluktuation zurückzuführen.

Entsprechend unserer Strategie stellen wir uns auf die Auswirkungen des demografischen Wandels ein. Zur Erkennung zukünftiger demografischer Personalrisiken erfolgt eine kontinuierliche Durchführung einer bedarfsgerechten Altersstrukturanalyse für alle Bereiche der Sparda-Bank West.

Aus den individuellen Lebensabschnitten ergeben sich unterschiedliche Bedürfnisse bezüglich der Arbeitszeit. Für ein besseres Gleichgewicht zwischen Familie und Beruf bieten wir verschiedenste und variable Teilzeitarbeitsmodelle an, um den Wünschen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begegnen zu können.

Persönliche Gesundheit und Ausgeglichenheit sind wichtige Voraussetzungen für berufliches Engagement und die Leistungsfähigkeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wer Berufs- und Privatleben harmonisch miteinander verbinden kann, ist in beiden Bereichen motiviert und erfolgreich. Berufliche Belastungssituationen, zwischenmenschliche Unstimmigkeiten oder private Krisen können jedoch zu einer Überforderung oder Verunsicherung führen. Im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements bieten wir deshalb die Möglichkeit, dass sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Bedarf anonym und unentgeltlich mit ihren persönlichen Problemen und für eine zielgerichtete Hilfe an ein entsprechendes externes Unternehmen wenden können.

Auch im Jahr 2017 gehörte die Digitalisierung zu den Hauptthemen. Zahlreiche Aspekte dieses Themas und ihre Auswirkungen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparda-Bank West eG beschäftigten uns auf konzeptioneller Ebene. Schwerpunkte waren, was wir unter digitaler Kompetenz verstehen und wie unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre digitale Kompetenz steigern können. Beispielsweise kann lernen auch digital stattfinden, indem kurze Lerneinheiten als digitale Lernnuggets auf Smartphones zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren wurde beleuchtet, welche Beratungskompetenzen wir künftig brauchen, wenn Kunden sich mit vielen Bankdienstleistungen schon jetzt digital versorgen können. Mit dem Thema Digitalisierung sind noch weitere Sachverhalte verbunden, die Antworten und in vieler Hinsicht ein Umdenken erfordern.

Auf die Zukunft ausgerichtet waren bereits die von allen Sparda-Banken gemeinsam besuchten Workshops unter der Überschrift „Sparda-Passion-Leadership“. Das Thema der Führung wurde hier aus allen Blickrichtungen betrachtet und zwar von Führungskräften und Mitarbeitern gemeinsam. Erarbeitet wurde, was Führung ausmacht, Innovationen ermöglicht, den Kunden in den Mittelpunkt stellt und was digital affine Mitarbeiter anzieht und fördert.

Zur Jahresmitte 2017 stand die Neukonzeption des jährlichen Mitarbeitergesprächs auf dem Programm. Mit der Methode des Design Thinking entwickelten Mitarbeiter und Führungskräfte ihr neues Jahresgespräch, das ab Jahresanfang 2018 zum Einsatz kommt.

Zur Fachqualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden sowohl im Kredit- als auch im Anlagebereich neue Personalentwicklungsmaßnahmen eingeführt. Alle Mitarbeitenden im Vertrieb nahmen an einer Schulung zu easyCredit, einer Marke der TeamBank, teil. Die Baufinanzierungsberaterinnen und -berater absolvierten einen Wissenscheck und ließen ihre Fach- und Beratungskompetenz durch ihre Führungskraft auditieren. An den durch MiFID II und das Investmentsteuerreformgesetz erforderlichen Qualifikationsmaßnahmen waren alle Mitarbeitenden im Anlagebereich beteiligt.

Am 1. August 2017 begannen 14 junge Menschen ihre Ausbildung zur Bankkauffrau bzw. zum Bankkaufmann. Auch in diesem Jahr können wir auf sehr erfreuliche Abschlussergebnisse zurückblicken.

2.3.8. Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Im November 2017 erteilten die Aufsichtsräte der Sparda-Bank West und der Sparda-Bank Münster ihre Zustimmung zu dem Projekt, die Fusion dieser beiden Institute in die Wege zu leiten. Die Zustimmung erfolgte vorbehaltlich des Abschlusses eines Verschmelzungsvertrages und der Zustimmung durch die jeweilige Vertreterversammlung der beteiligten Institute.

2.4. Darstellung der Lage der Sparda-Bank West eG

2.4.1. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung				
	Ergebnisse Berichtsjahr Mio. EUR	Ergebnisse Vorjahr Mio. EUR	Veränderungen	
			Mio. EUR	%
Zinsüberschuss	127,3	144,7	-17,4	-12,0
Provisionsüberschuss	32,8	29,3	3,5	11,9
Verwaltungsaufwendungen				
Personalaufwendungen	52,3	51,5	0,8	1,5
andere Verwaltungsaufwendungen	62,5	58,3	4,2	7,2
Bewertungsergebnis	4,9	-9,6	14,5	—
Ergebnis normaler Geschäftstätigkeit	47,5	59,0	-11,5	-19,5
Steueraufwendungen	23,7	20,6	3,1	14,7
Jahresüberschuss	13,8	18,3	-4,5	-24,7

Die von der EZB gesteuerte Niedrigzinsphase führte zu deutlichen Auswirkungen im Zinsüberschuss. Dieser reduzierte sich um 17,4 Mio. EUR auf 127,3 Mio. EUR (2016: 144,7 Mio. EUR). Der Rückgang in Höhe von 12,0 % entsprach dem zum Jahresbeginn 2017 erwarteten deutlichen Rückgang.

Bei dem Provisionsüberschuss wurde eine deutliche Steigerung erwartet, welche mit einer Erhöhung von 11,9 % erreicht wurde. Der Provisionsüberschuss betrug 32,8 Mio. EUR und lag damit 3,5 Mio. EUR über dem Vorjahreswert von 29,3 Mio. EUR. Dies ist im Wesentlichen auf die Provisionserträge für das neu aufgenommene Vermittlungsgeschäft mit der TeamBank und ihrer Marke easyCredit zurückzuführen. Die Provisionsaufwendungen stiegen um 0,6 Mio. EUR. Hier wirkten sich hauptsächlich einmalige Rückerstattungen für in Vorjahren erhaltene Vermittlungsprovisionen aus.

Der Personalaufwand ist von 51,5 Mio. EUR auf 52,3 Mio. EUR gestiegen. Die Erhöhung von 0,8 Mio. EUR (1,5 %) ist auf reduzierte Aufwendungen für Gehälter einerseits und gestiegene Aufwendungen für Altersversorgung andererseits zurückzuführen. Die Gehaltsaufwendungen sanken aufgrund einer niedrigeren Anzahl der durchschnittlich Beschäftigten. Bei den Aufwendungen für Altersversorgung wirkte sich bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen der anzuwendende Durchschnittszinssatz für die Abzinsung aus. Dieser betrug per Ende 2017 3,68 % gegenüber 4,00 % zum Vorjahresstichtag.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich um 4,2 Mio. EUR auf 62,5 Mio. EUR erhöht (2016: 58,3 Mio. EUR). Dies ist unter anderem auf das im Jahr 2016 enthaltene mietfreie Jahr für den Firmensitz in der Ludwig-Erhard-Allee im Zusammenhang mit dessen Renovierung zurückzuführen. Unter Berücksichtigung dieses Sachverhalts wurde die angestrebte Optimierung der Verwaltungsaufwendungen knapp erreicht.

Das Bewertungsergebnis ist neben der Risikovorsorge zum Kreditgeschäft durch die Entwicklung der Kapitalmarktanlagen in Form von Wertpapieren geprägt. Das Ergebnis aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie auf Wertpapiere betrug nach Verrechnung mit entsprechenden Erträgen 4,9 Mio. EUR (2016: -9,6 Mio. EUR).

Insgesamt lag das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit mit 47,5 Mio. EUR deutlich unter dem Vorjahreswert (2016: 59,0 Mio. EUR). Hauptsächlich Grund hierfür ist der Rückgang des Zinsüberschusses.

Die ausgewiesenen Steueraufwendungen resultieren aus dem Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit und aus vorsorglich gebildeten Rückstellungen für Sachverhalte, deren endgültige steuerliche Beurteilung erst in künftigen Geschäftsjahren erfolgt.

Aufgrund dessen fiel der Rückgang des Jahresüberschusses stärker als Anfang 2017 erwartet aus. Als Jahresüberschuss werden 13,8 Mio. EUR (2016: 18,3 Mio. EUR) ausgewiesen. Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG betrug 0,15 %. Gemäß Ergebnisverwendungsvorschlag sind 1,3 Mio. EUR für die Dividendenausschüttung und 12,5 Mio. EUR zur Stärkung des Eigenkapitals vorgesehen. Mit dieser Erhöhung des Eigenkapitals wird den steigenden aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen Rechnung getragen.

Der Jahresüberschuss im Konzernabschluss betrug 14,5 Mio. EUR (2016: 18,3 Mio. EUR).

2.4.2. Finanz- und Liquiditätslage

Die Zahlungsfähigkeit der Bank war im Berichtsjahr zu jeder Zeit gegeben. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Mindestreserve- und Liquiditätshaltung wurden im Berichtsjahr stets erfüllt.

Unsere Wertpapierpositionen und unsere Refinanzierungsmöglichkeiten bieten ausreichend Freiraum, um eventuell auftretenden zusätzlichen Liquiditätsbedarf zu decken. Aufgrund der Bilanzstruktur besteht eine vom Interbankengeschäft weitgehend unabhängige Refinanzierungsstruktur, welche überwiegend aus den Geschäftsbeziehungen mit Privatkunden resultiert.

2.4.3. Vermögenslage

2.4.3.1. Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:

Eigenkapital	Bestände	Bestände	Veränderungen	
	Berichtsjahr Mio. EUR	Vorjahr Mio. EUR	Mio. EUR	%
Gezeichnetes Kapital	64,8	65,7	-0,9	-1,3
Ergebnisrücklagen	316,7	301,0	15,7	5,2

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 64,8 Mio. EUR hat sich aufgrund geringfügig gesunkener Anzahl der gezeichneten Geschäftsanteile um 0,9 Mio. EUR reduziert. Die Thesaurierung des Gewinns aus dem Geschäftsjahr 2016 führte im Berichtsjahr zu einer Stärkung der Rücklagen um 15,7 Mio. EUR, die damit auf 316,7 Mio. EUR stiegen.

Darüber hinaus besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 120,0 Mio. EUR (2016: 110,0 Mio. EUR). Bei der Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel wird der Fonds für allgemeine Bankrisiken dem Kernkapital zugerechnet. Aufgrund der guten Eigenmittelausstattung wurden die aufsichtsrechtlichen Mindestgrößen für das Kernkapital und das Gesamtkapital jederzeit erfüllt. Die Kennziffer für das Gesamtkapital betrug Ende des Berichtsjahres 18,7 % (2016: 17,4 %).

Das bilanzielle Eigenkapital im Konzernabschluss betrug 396,1 Mio. EUR (2016: 385,0 Mio. EUR).

2.4.3.2. Wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

2.4.3.2.1. Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen (4.571,4 Mio. EUR) an der Bilanzsumme beträgt 49,4 % (2016: 51,9 %). Unserem Geschäftsmodell entsprechend handelt es sich ganz überwiegend um Forderungen an Privatkunden. Rund 97 % der gesamten Kundenforderungen werden für wohnwirtschaftliche Baufinanzierungen verwendet. Aufgrund der Anzahl der Kreditnehmer im Verhältnis zum Kreditvolumen bestehen keine besonderen Konzentrationsrisiken.

2.4.3.2.2. Wertpapiere

Die eigenen Wertpapieranlagen (2.731,1 Mio. EUR) haben insgesamt einen Anteil von 29,5 % an der Bilanzsumme (2016: 30,1 %). Hiervon entfällt ein Anteil von 21,0 % auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere. Es handelt sich ausschließlich um EUR-Anleihen europäischer Emittenten. Ein weiterer Anteil von 8,5 % entfällt auf Aktien und nicht festverzinsliche Wertpapiere. Diese dienen der Portfoliostrukturierung (Asset-Allocation). Sämtliche Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Zum Bilanzstichtag bestehen Kursreserven.

2.4.3.2.3. Einlagengeschäft

Unserem Geschäftsmodell entsprechend haben die Kundeneinlagen (8.339,2 Mio. EUR) einen Strukturanteil von 90,1 % an der Bilanzsumme (2016: 89,7 %). Es handelt sich fast vollständig um Einlagen von Privatpersonen. Aufgrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus auch für längerfristige Laufzeiten besteht unverändert der Trend, die Einlagen kurzfristig verfügbar zu halten.

2.4.4. Mitgliedschaften in den Sicherungseinrichtungen des BVR

Unsere Genossenschaft ist der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH angeschlossen. Darüber hinaus besteht zusätzlich eine Mitgliedschaft in der freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.

2.5. Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Die Sparda-Bank West verzeichnete im Geschäftsjahr 2017 eine positive geschäftliche Entwicklung und ein zufriedenstellendes Jahresergebnis. Neue Mitglieder und Kunden konnten erwartungsgemäß gewonnen werden. Unter Berücksichtigung der Abgänge ergaben sich prozentual geringfügige Veränderungsraten. Das Kreditgeschäft war aufgrund der Rückführung von Konsumentenkrediten leicht rückläufig und besteht zum großen Teil aus wohnwirtschaftlichen Baufinanzierungen. Die Kundeneinlagen sind spürbar gestiegen.

Die Reduzierung des Zinsergebnisses und Erhöhung der Verwaltungsaufwendungen konnten durch die Steigerung des Provisionsergebnisses nicht ausgeglichen werden und führten zu einem niedrigeren Teilbetriebsergebnis. Einem niedrigeren betrieblichen Ergebnis steht ein verbessertes Bewertungsergebnis gegenüber. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit und der Jahresüberschuss liegen deutlich unter dem Vorjahreswert. Mit dem nach der Dividendenausschüttung verbleibenden Bilanzgewinn können die Rücklagen angemessen gestärkt werden.

Die Sparda-Bank West verfügt über eine angemessene Liquiditäts- und Eigenkapitalausstattung, die ausreichend Möglichkeiten zur Geschäftsausweitung bietet. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität und das Eigenkapital wurden jederzeit eingehalten.

Die Ausrichtung der Sparda-Bank West auf das Privatkundengeschäft, und im Kreditgeschäft speziell auf die Finanzierung von Wohnobjekten mit grundpfandrechtlicher Absicherung, wirkt sich positiv auf die Risikosituation aus. Auch im Bereich unserer Wertpapieranlagen besteht kein erhöhtes Adressrisiko.

3. ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG

Die Sparda-Bank West fördert im Rahmen der regional bestehenden Möglichkeiten den Einsatz von qualifizierten Frauen in Führungspositionen der Bank.

Der Aufsichtsrat der Bank hat gemäß § 9 Abs. 4 GenG erstmals im Jahr 2015 Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und für den Vorstand festgelegt. Für die Führungsebene unterhalb des Vorstandes (Bereichsleitung) wurde gemäß § 9 Abs. 3 GenG durch den Vorstand eine Zielgröße beschlossen. Die festgelegten Zielgrößen waren maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30.06.2017 (Bezugszeitraum) und entsprachen dem Status quo. Eine Steigerung war nicht absehbar, da im Bezugszeitraum weder Stellen frei noch zusätzlich geplant wurden.

Auf der Ebene der Bereichsleitung konnte per 30.06.2017 eine leichte Steigerung des Anteils von Frauen in diesen Positionen erreicht werden. Für den Aufsichtsrat und Vorstand wurde der Status quo gehalten.

Im Jahr 2017 wurden neue Quoten für den Bezugszeitraum bis einschließlich 30.06.2022 festgelegt, die wiederum dem Status quo zum Ende des Bezugszeitraums per 30.06.2017 entsprechen.

Zielgrößen gemäß § 9 GenG		
	Soll 30.06.17	Soll 30.06.22
Aufsichtsrat	22,22 %	22,22 %
Vorstand	0,00 %	0,00 %
Bereichsleitung	29,17 %	36,36 %

4. RISIKEN DER KÜNFTIGEN ENTWICKLUNG

4.1. Risikomanagementsystem

4.1.1. Ziele und Strategien

Das Management zur Früherkennung von Risiken wird vor dem Hintergrund wachsender Komplexität der Märkte im Bankgeschäft immer wichtiger. Wir verstehen dies als eine zentrale Aufgabe der Unternehmensleitung. Im Risikomanagement unterscheiden wir zwischen Marktpreisrisiken, Adressrisiken, Beteiligungsrisiken, Absatzrisiken, operationellen Risiken und Liquiditätsrisiken. Vorschläge zur Steuerung dieser Risiken werden vorbereitet und dem Ausschuss zur Gesamtbanksteuerung zur Beratung und dem Vorstand zur Entscheidung vorgelegt. Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung zielen wir darauf ab, die wesentlichen Risiken aus dem laufenden Ertrag oder vorhandenen Deckungsmassen abzudecken.

Ausgangspunkt für die Steuerung der Risiken ist die Geschäftsstrategie, in der sämtliche Teilstrategien in 2017 integriert wurden. Innerhalb der Geschäftsstrategie befindet sich die Risikostrategie und beschreibt die Grundlagen des Risikocontrollings und -managements sowie die langfristige betriebswirtschaftliche Ausrichtung der Bank. Die Geschäfts- und Risikostrategie beschreibt die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele. Insbesondere die Kapitalallokation steht dabei im Focus der Betrachtung.

Darüber hinaus orientiert sich der Risikocontrollingprozess an aufsichtsrechtlichen Vorgaben an das Risikomanagement. Des Weiteren werden die aktuellen, sich stets weiterentwickelnden aufsichtsrechtlichen Anforderungen und Auslegungen berücksichtigt. Dieser Prozess ist so konzipiert, dass die Geschäftsleitung jederzeit unter Berücksichtigung der aktuellen Marktentwicklung ein aktuelles Bild von der Risiko- und Ertragssituation der Bank erhält.

Zur Beurteilung der Risiken wird ein die Risiken begrenzendes Limitsystem eingesetzt. Die Limite sind so festgelegt, dass rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden können, bevor die Verlustobergrenze erreicht wird.

4.1.2. Verfahren zur Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung von Risiken

Im Rahmen eines fest definierten Prozesses ermittelt die Bank die für sie wesentlichen Risiken. Auf der Basis einer regelmäßigen Ergebnisvorschaurechnung wird das zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial abgeleitet. Durch den täglichen Risikostatus werden die Risiken laufend überwacht und mit den aus dem Risikodeckungspotenzial abgeleiteten Risikolimiten abgeglichen. Sowohl die Darstellung des Risikodeckungspotenzials als auch die Bewertung der Risiken erfolgen rollierend jeweils in der handelsrechtlichen und der wertorientierten Betrachtungsweise.

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 wurde aus unserer handelsrechtlichen Risikotragfähigkeitsberechnung ein Gesamtlimit von 277,6 Mio. EUR abgeleitet. Davon entfallen auf Marktpreisrisiken 153,0 Mio. EUR, auf Adressrisiken 99,0 Mio. EUR, auf Beteiligungsrisiken 9,0 Mio. EUR, auf Absatzrisiken 6,0 Mio. EUR und auf operationelle Risiken 10,6 Mio. EUR. Im Rahmen der wertorientierten Risikotragfähigkeitsberechnung wurde ein Gesamtlimit in Höhe von 460,5 Mio. EUR auf die Marktpreisrisiken (207,0 Mio. EUR), auf die Adressrisiken (210,0 Mio. EUR), auf die Beteiligungsrisiken (30,0 Mio. EUR) und auf die operationellen Risiken (13,5 Mio. EUR) verteilt.

Die Geschäfte der Bank werden an der Geschäfts- und Risikostrategie ausgerichtet und unter Berücksichtigung des Marktumfeldes getätigt. Für den Geschäftsabschluss sind klar definierte Kompetenzregelungen formuliert.

Das Berichtswesen der Bank erfolgt mehrstufig. Wesentliche Elemente sind der tägliche Risiko-report und der Monatsreport an den Vorstand sowie der quartalsweise Bericht an den Aufsichtsrat. Diese ermöglichen, dass einerseits erforderliche Sicherungsmaßnahmen kurzfristig veranlasst werden können und andererseits eine umfassende und rechtzeitige Information aller relevanten Entscheidungsträger der Bank erfolgt.

Die Einhaltung der externen und internen Vorgaben wird laufend durch risikoorientierte Prüfungen der Internen Revision überwacht.

Die Bank überprüft regelmäßig die Auswirkungen von extremen Marktentwicklungen auf ihre Risikotragfähigkeit. Hierzu werden auf Basis der Analysen zu Risikokonzentrationen sowie der aufsichtsrechtlichen Anforderungen Szenarien formuliert.

4.2. Risikokategorien

4.2.1. Marktpreisrisiken

Zur Steuerung der Marktpreisrisiken (Zinsänderungs-, Aktienkurs-, Immobilien- und Währungsrisiken) wurde ein System eingerichtet, das die Risiken laufend quantifiziert. Bei der Sparda-Bank West ist das Zinsänderungsrisiko der wesentlichste Bestandteil der Marktpreisrisiken.

Auf der Basis des Gesamtbank-Cashflows wird das Zinsrisiko ermittelt. Mit Hilfe der VR-Zinsszenarien (handelsrechtlich) bzw. der modernen historischen Simulation (wertorientiert) erhält man die Kennzahlen zur Abbildung des Zinsänderungsrisikos hinsichtlich Ertrag und Risiko. Das Risk-/Return-Diagramm beschreibt die aktuelle Positionierung des Zinsbuches. Planungs- und Steuerungsmaßnahmen leiten sich ergänzend aus der Limitierung, den aufsichtsrechtlichen Vorgaben und dem jeweiligen Marktumfeld ab.

Durch den gezielten Einsatz von Zinsswaps wird das sich aus einem möglichen Zinsanstieg ergebende Zinsänderungsrisiko gemindert.

4.2.2. Adressrisiken

Bei der Aufbau- und Ablauforganisation erfolgt eine konsequente Trennung zwischen Markt und Marktfolge. Kreditengagements, die einer intensiveren Betreuung bedürfen, werden ihrem aktuellen Risiko entsprechend in zentralen Abteilungen überwacht bzw. betreut.

In regelmäßigen Risikoberichten erhalten die Entscheidungsträger der Bank Informationen über Höhe und Struktur der aktuellen Adressrisiken.

Aufsichtsrechtlich werden die Adressrisiken durch die Einhaltung der Vorschriften des Kreditwesengesetzes und der Verordnung (EU) 575/2013 begrenzt.

Unter den Adressrisiken werden grundsätzlich das Ausfallrisiko, das Migrationsrisiko und das Spreadrisiko subsummiert. Als Bank für Privatkunden bleibt unser Kreditgeschäft auch künftig überwiegend auf Finanzierungen von Wohnobjekten mit grundpfandrechtlicher Absicherung ausgerichtet. Besondere Klumpen- oder Strukturrisiken aus dem Kreditgeschäft erwarten wir nicht. Für latente Kreditrisiken besteht genügend Deckungspotenzial aus den vorausberechneten Ergebnissen und in Form von gebildeten Reserven.

Bei der Bewertung unserer Wertpapieranlagen tragen wir den allgemeinen und spezifischen Risiken Rechnung, sodass wir darüber hinausgehende erhöhte Risiken nicht erwarten. Im Rahmen der Umsetzung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement haben wir unsere Eigenanlagen in Abhängigkeit von der Bonität, gemessen am Rating der Emittenten, und von der Besicherung der Forderung limitiert. Zusätzlich verfolgen wir zeitnah die sich aus der Spreadentwicklung ergebenden Veränderungen des Adressrisikos von Emittenten.

4.2.3. Beteiligungsrisiken

Ein wesentliches Risiko der Sparda-Bank West ist das Beteiligungsrisiko. Das Beteiligungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital an Dritte Verluste entstehen.

Aufgrund der Struktur/Anteile des Beteiligungsportfolios – im Wesentlichen die DZ BANK oder andere zum Verbund gehörende Unternehmen – basiert die Berechnung des Beteiligungsrisikos auf Risikoparametern der DZ BANK.

Zur Berechnung des Beteiligungsrisikos der Sparda-Bank West wird eine Berechnungsmethode angewendet, die das Risiko in einen Adressenausfallrisikoteil und einen Marktpreisrisikoteil separiert.

4.2.4. Absatzrisiken

Die Sparda-Bank West und ihre Tochtergesellschaft LAUREUS AG PRIVAT FINANZ ermitteln und steuern das Risiko, dass geplante Erträge, insbesondere aus dem Kundengeschäft, aufgrund verminderten Geschäftes oder reduzierter Produktmargen niedriger ausfallen können.

Es erfolgt eine laufende Überprüfung der eigenen Konditionen auf der Basis der Margen- und Volumenplanung sowie der Konkurrenzsituation. Daher kann auf Abweichungen kurzfristig reagiert werden.

4.2.5. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken entstehen durch Unangemessenheit oder Versagen von Systemen, Prozessen, Mitarbeitern oder durch externe Einflüsse.

Die operationellen Risiken werden von uns im Rahmen eines auf die Struktur der Bank abgestimmten Modells gesteuert. Einzelrisiken werden erkannt, klassifiziert und bewertet.

Die Steuerung der operationellen Risiken wird durch die konsequente Trennung zwischen Handels- und Nichthandelsbereichen bzw. Markt- und Marktfolgebereichen sowie durch die Umsetzung von internen Kontroll- und Überwachungsmechanismen unterstützt. Wir haben sichergestellt, dass Eigenhandels- und Kreditgeschäfte im Rahmen definierter Kompetenzregelungen getätigt werden.

Risiken aus Betriebsabläufen, insbesondere aus dem IT-Bereich und aus Auslagerungen, werden durch organisatorische Regelungen abgesichert. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem verbundeigenen Rechenzentrum und sonstigen verbundenen externen Dienstleistern.

Im Konzern sind darüber hinaus umfassende Verfahren zur Reduzierung von operationellen Risiken etabliert:

- Abschluss von Versicherungen
- Formulierung von Notfallplänen
- Etablierung eines internen Kontrollsystems
- Qualifizierungsmaßnahmen für Mitarbeiter
- Formulierung von Organisationsanweisungen
- Führung einer Schadensdatenbank

4.2.6. Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiken (im Sinne der eigenen Zahlungsfähigkeit) werden kurzfristig auf der Basis der Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Verordnung (EU) 575/2013 überwacht und begrenzt. Weiterhin wird die mittel- bis langfristige Liquidität über Liquiditätsablaufbilanzen überwacht. Die gesetzlichen und ökonomischen Anforderungen erfüllen wir deutlich, sodass sich keine Abruf- oder Terminrisiken erkennen lassen.

Es besteht eine ausreichende eigene Finanzkraft, mit der wir die Liquidität steuern. Darüber hinaus bietet die Zugehörigkeit zum genossenschaftlichen Finanzverbund im Bedarfsfall eine ausreichende Refinanzierungsmöglichkeit.

4.2.7. Sonstige Risiken

Die Risiken aus den verbundenen Unternehmen VIANTIS AG und LAUREUS AG werden auf der Basis definierter Informations- und Steuerungsprozesse bewertet und im Rahmen der Risikotragfähigkeit der Sparda-Bank West abgebildet.

4.3. Gesamtbild der Risikolage

Das Risikomanagementsystem der Bank identifiziert, erfasst und bewertet alle wesentlichen Risiken der Bank. Diese werden laufend im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung überwacht. Im Jahresverlauf war die Risikotragfähigkeit jederzeit gegeben.

5. VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG MIT WESENTLICHEN CHANCEN UND RISIKEN

Der Ausbau unseres Kundengeschäfts mit Privatkunden bildet nach wie vor den Schwerpunkt unserer Tätigkeiten. Wir planen einerseits die Gewinnung von Neukunden und andererseits die Intensivierung der bestehenden Geschäftsverbindungen. Voraussetzungen hierfür sind kundenorientierte Vertriebswege und für Privatkunden optimierte Produktangebote. Im Kontext unserer Geschäfts- und Risikostrategie bieten wir Bankdienstleistungen persönlich und telefonisch sowie über das Internet und über die SpardaApp zur Erschließung weiterer Marktpotenziale an.

Bei dem Einlagengeschäft erwarten wir aufgrund des derzeitigen Geschäftsumfeldes eine Ausweitung des Volumens, was durch die geplante Einführung von Kontoführungsgebühren in 2018 moderater ausfallen wird. Im Kreditgeschäft, speziell im Baufinanzierungsgeschäft, erwarten wir ein Neugeschäft, das der Entwicklung der Vorjahre entspricht und zu einer leichten Bestandserhöhung führt.

Spürbare Zinsanstiege am kurzen bis mittleren Ende der Zinsstrukturkurve, verbunden mit einer weiterhin angespannten Situation an den Wertpapiermärkten, könnten zu einem niedrigeren Ergebnisausweis führen. Ein nachhaltig niedriges Zinsniveau kann zu einer Belastung des Zinsergebnisses führen. Demgegenüber kann ein moderater Zinsanstieg in Verbindung mit einer steileren Zinsstrukturkurve das Zinsergebnis verbessern. Insgesamt rechnen wir vor dem Hintergrund eines weitgehend konstanten volkswirtschaftlichen Umfeldes mit einem deutlich rückläufigen Zinsergebnis gegenüber den Vorjahren.

Basis unseres Provisionsergebnisses ist die Zusammenarbeit mit unseren Kooperationspartnern für den Vertrieb von Publikumsfonds sowie für das Bauspar-, Kredit- und Versicherungsgeschäft. Die Kooperation mit dem neuen Partner TeamBank zum Angebot von Konsumentendarlehen sorgt neben der Einführung von Kontoführungsgebühren für ein deutlich ansteigendes Provisionsergebnis.

Den Ausbau der Marktanteile verbinden wir mit einer ertragsorientierten Steuerung sowie mit einer produktiven und effizienten Geschäftsabwicklung. Dabei ist es unser Ziel, den Personalbedarf vor dem Hintergrund der sich laufend verändernden Anforderungen an die Qualifikation der Mitarbeiter zu steuern und gleichzeitig die Wünsche unserer Kunden im Blick zu behalten. Die Verwaltungsaufwendungen werden voraussichtlich aufgrund von Projektausgaben und höheren Personalaufwendungen gegenüber dem Vorjahr leicht ansteigen. Zukünftig erwarten wir erhöhte Anforderungen seitens der Bankenaufsicht an die Steuerung der Zinsänderungs-, Adress- und Liquiditätsrisiken sowie an die Bildung von Eigenmitteln. In Verbindung mit volatilen Märkten richten wir unsere Gesamtbanksteuerung an dieser stetig zunehmenden Komplexität aus.

Insgesamt erwarten wir im nächsten Jahr einen leicht rückläufigen Jahresüberschuss, mit dem wir auch die Erfüllung unseres genossenschaftlichen Förderauftrages weiterhin sicherstellen können. Darüber hinaus ist es unser qualitatives Ziel, den Kundenservice durch Innovation und Qualifikation der Mitarbeiter weiter zu verbessern und die derzeitige hohe Kundenzufriedenheit zu sichern. Hierbei wird durch die enge Zusammenarbeit mit den übrigen Sparda-Banken in Deutschland und dem Verband der Sparda-Banken e.V. ein bundesweit erkennbares Markenimage angestrebt und fortgeführt. Die kostengünstige Gehaltskontenführung und die günstigen Konditionen sollen ein weiteres bekanntes Markenzeichen unserer Bank bleiben.

Die für das Geschäftsjahr 2018 angestrebte Fusion der Sparda-Bank West und der Sparda-Bank Münster wird sich, nach entsprechenden Beschlüssen der Vertreterversammlungen im Juni 2018, auf die Entwicklung der Bestands- und Erfolgspositionen der Sparda-Bank West als übernehmendes Institut auswirken. Daraus resultierende Effekte in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung sind im Prognosebericht nicht berücksichtigt. Die Gründe und die wirtschaftliche Erläuterung für die Fusion sind im Verschmelzungsbericht (gemäß § 8 UmwG) dargestellt.

Düsseldorf, den 11. April 2018

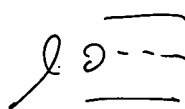
Der Vorstand



Manfred Stevermann



Andreas Lösing



Michael Dröge



Dominik Schlarmann

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2017 die ihm nach den gesetzlichen Bestimmungen und der Satzung obliegenden Aufgaben in acht Sitzungen sowie in Einzelbesprechungen wahrgenommen. Die zeitnahen unterjährigen Berichte des Vorstandes wurden eingehend beraten. Hierbei standen strategische Fragen der Geschäftspolitik, die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Risikosteuerung sowie die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder im Vordergrund. Dem Auskunftsrecht des Aufsichtsrates wurde jederzeit Rechnung getragen. Der Aufsichtsrat nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Dies umfasste auch die Berichterstattung mit der Prüfung nach § 53 GenG. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach § 289b HGB geprüft.

Der Aufsichtsrat hat unverändert folgende Ausschüsse eingesetzt: Bau- und IT-Ausschuss, Kreditausschuss, Präsidialausschuss, Prüfungsausschuss und Risikoausschuss. Die Ausschussvorsitzenden berichten über die Tätigkeit der Ausschüsse regelmäßig in den Sitzungen des Gesamtaufwichtsrates.

Der vorliegende Jahresabschluss und der Konzernabschluss 2017 sowie der Bericht über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns werden vom Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet.

Der Prüfungsausschuss hat den Jahresabschluss, den Konzernabschluss, den Bericht zur Lage der Genossenschaft und des Konzerns sowie den der Satzung entsprechenden Vorschlag zur Ergebnisverwendung geprüft und sich damit einverstanden erklärt. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung den Jahresabschluss 2017 festzustellen und dem Vorschlag für die Ergebnisverwendung zuzustimmen.

Im Jahr 2018 scheiden turnusmäßig Frau Marie-Theres Nonn sowie die Herren Johannes Houben, Bernd Magunia und Wilfried Otten aus dem Aufsichtsrat aus.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparda-Bank West für ihre erfolgreiche Arbeit.

Düsseldorf, im April 2018

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates



Johannes Houben

1. BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017

Aktivseite					Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve						
a) Kassenbestand			71.872.146,53			100.252
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			356.652.259,07			194.515
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	356.652.259,07					(194.515)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	428.524.405,60		0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind						
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00			0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00			0,00		(0)
b) Wechsel			0,00		0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute						
a) täglich fällig			1.394.001.374,05			1.126.064
b) andere Forderungen			2.341.700,00	1.396.343.074,05		46.184
4. Forderungen an Kunden				4.571.399.206,81		4.621.551
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	3.433.052.069,73					(3.410.948)
Kommunalkredite	0,00					(0)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00				0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00					(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00	0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00					(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten		527.017.866,43				548.265
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	527.017.866,43					(548.265)
bb) von anderen Emittenten		1.416.399.420,94	1.943.417.287,37			1.363.774
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.414.998.362,31					(1.362.373)
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	1.943.417.287,37		0
Nennbetrag	0,00					(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				787.655.574,93		768.671
6a. Handelsbestand				0,00		0
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften						
a) Beteiligungen			66.843.334,49			66.874
darunter: an Kreditinstituten	968.747,87					(969)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00					(0)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			7.650.270,00	74.493.604,49		6.922
darunter: bei Kreditgenossenschaften	2.999.990,00					(3.000)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	0,00					(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				6.000.000,00		6.000
darunter: an Kreditinstituten	0,00					(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	2.000.000,00					(2.000)
9. Treuhandvermögen				40.219,24		211
darunter: Treuhandkredite	40.219,24					(211)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00		0
11. Immaterielle Anlagewerte						
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00			0
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			311.829,00			619
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00			0
d) Geleistete Anzahlungen			0,00	311.829,00		0
12. Sachanlagen				21.645.818,41		20.260
13. Sonstige Vermögensgegenstände				21.021.237,13		25.751
14. Rechnungsabgrenzungsposten				375.630,57		224
15. Aktive latente Steuern				0,00		0
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				992.671,67		1.061
Summe der Aktiva				9.252.220.559,27		8.897.198

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			10.161,14		2
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			307.620.218,78	307.630.379,92	310.706
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	2.739.406.643,91				2.816.257
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	8.559.310,70	2.747.965.954,61			18.213
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	5.544.769.369,59				5.075.540
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	46.472.337,62	5.591.241.707,21		8.339.207.661,82	74.725
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			0,00	0,00	0
darunter: Geldmarktpapiere	0,00				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00				(0)
3a. Handelsbestand				0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten				40.219,24	211
darunter: Treuhandkredite	40.219,24				(211)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				5.244.280,71	7.510
6. Rechnungsabgrenzungsposten				176.095,50	188
6a. Passive latente Steuern				0,00	0
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			37.837.386,69		34.961
b) Steuerrückstellungen			10.623.897,90		24.656
c) andere Rückstellungen			36.139.159,47	84.600.444,06	39.260
8.				0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				0,00	0
10. Genussrechtskapital				0,00	0
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00				(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				120.007.071,00	110.007
darunter: Sonderposten gem. § 340e Abs. 4 HGB	7.071,00				(7)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			64.779.052,00		65.653
b) Kapitalrücklage			0,00		0
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	65.069.199,92				63.233
cb) andere Ergebnisrücklagen	251.670.000,00	316.739.199,92			237.750
d) Bilanzgewinn		13.796.155,10		395.314.407,02	18.326
Summe der Passiva				9.252.220.559,27	8.897.198

1. Eventualverbindlichkeiten

a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			4.143.314,71		4.493
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			0,00	4.143.314,71	0

2. Andere Verpflichtungen

a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			218.966.845,56	218.966.845,56	211.736
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	0,00				(0)

2. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		152.600.392,34			172.903
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		25.410.285,85	178.010.678,19		32.256
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	2.112.742,41				(505)
2. Zinsaufwendungen			-71.710.971,39	106.299.706,80	-75.719
darunter: erhaltene negative Zinsen	106.840,89				(0)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			19.112.426,36		13.676
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			1.875.571,69		1.603
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			0,00	20.987.998,05	0
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				2.370.090,41	287
5. Provisionserträge			43.427.085,65		39.340
6. Provisionsaufwendungen			-10.643.050,06	32.784.035,59	-10.051
7. Nettoertrag des Handelsbestands				0,00	41
darunter: Zuführung zum Sonderposten gem. § 340e Abs. 4 HGB		0,00			(-5)
8. Sonstige betriebliche Erträge				4.607.156,79	13.204
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen		1.526,82			(236)
9.				0,00	0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-41.003.212,11			-43.043
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-11.265.797,28	-52.269.009,39		-8.449
darunter: für Altersversorgung	-3.910.276,13				(-940)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-62.539.486,58	-114.808.495,97	-58.320
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-4.321.719,15	-3.865
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-5.342.866,27	-5.320
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-1.845.020,98			(-1.791)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00		-9.576
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			4.766.502,86	4.766.502,86	0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			0,00		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			135.000,00	135.000,00	0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				0,00	0
18.				0,00	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				47.477.409,11	58.967
20. Außerordentliche Erträge			0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen			0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis				0,00	(0)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-23.645.161,70		-20.623
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-36.092,31	-23.681.254,01	-18
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-10.000.000,00	-20.000
25. Jahresüberschuss				13.796.155,10	18.326
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				0,00	0
				13.796.155,10	18.326
27. Entnahmen aus Ergebnismrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			0,00		0
b) aus anderen Ergebnismrücklagen			0,00	0,00	0
				13.796.155,10	18.326
28. Einstellungen in Ergebnismrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			0,00		0
b) in andere Ergebnismrücklagen			0,00	0,00	0
29. Bilanzgewinn				13.796.155,10	18.326

3. ANHANG

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank West eG, Düsseldorf, ist beim Amtsgericht Düsseldorf unter der Genossenschaftsregister-Nummer 473 eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Forderungen

Die Barreserve und die Forderungen an Kreditinstitute wurden grundsätzlich mit den Nennwerten bilanziert.

Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ist. Der Unterschiedsbetrag wird planmäßig aufgelöst. Die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und un versteuerten Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Soweit die Gründe für die in den Vorjahren gebildeten Wertberichtigungen entfallen sind, wurden diese aufgelöst. Die Ermittlung der un versteuerten Pauschalwertberichtigungen erfolgte in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung auf Grundlage der Ausfallmethode.

Wertpapiere

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens wurden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Kurswert am Bilanzstichtag bewertet. Soweit die Gründe für die in Vorjahren vorgenommenen Abschreibungen entfallen sind, wurde eine Zuschreibung bis zu den Anschaffungskosten vorgenommen.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden mit den Anschaffungskosten bewertet.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Software wurde unter der Bilanzposition „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen.

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 410 EUR wurden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt.

In früheren Jahren zulässigerweise in die Handelsbilanz übernommene erhöhte Absetzungen für Abnutzung/Sonderabschreibungen nach dem Steuerrecht wurden beibehalten.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Bewertung von Ansprüchen aus Rückdeckungsversicherungen erfolgte mit den von der Versicherungsgesellschaft mitgeteilten Rückdeckungswerten.

Die übrigen Vermögensgegenstände wurden mit den Nennwerten bilanziert.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag einschließlich fälliger und anteiliger Zinsen.

Bei den Verbindlichkeiten aus abgezinnten Sparbriefen wurde der auf den Bilanzstichtag abgezinste Wert eingestellt. Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Rückstellungen

Die Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Die Rückstellungen für Pensionen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren berechnet. Hierbei wurden die Richttafeln 2005 G von Heubeck zugrunde gelegt. Als Lohn- und Gehaltstrend wurden, sofern erforderlich, 5 % und als Rententrend 2 % angenommen. Als Zinssatz wurde, bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren, auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per Oktober 2017 ermittelten Zinssatzes, eine Prognose des zehnjährigen Durchschnittzinssatzes per Dezember 2017 (3,68 %) zugrunde gelegt. Im Vergleich zu einer Abzinsung mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 10.457.933 EUR.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 50.012.563 EUR. Der beizulegende Zeitwert der verrechneten Rückdeckungsversicherungen betrug 43.292.391 EUR und wurde mit dem Erfüllungsbetrag der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen in gleicher Höhe saldiert. Ebenso wurden Aufwendungen für die Rückstellungen aus Pensionsverpflichtungen mit Erträgen aus Rückdeckungsversicherungen in Höhe von 1.048.380 EUR saldiert. Der Erfüllungsbetrag der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen beträgt nach Verrechnung 37.837.387 EUR.

Vom Beibehaltungswahlrecht des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wurde Gebrauch gemacht. Der Betrag der Überdeckung zum 31.12.2017 betrug 1.627.265 EUR.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften. Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich. Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die überwiegende Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme ausläuft.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31.12.2017 in Höhe von 218.966.846 EUR betreffen Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken. Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können. Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt. Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Bis zum Bilanzstichtag aufgelaufene Zinsansprüche und Zinsverpflichtungen aus Zins-Swaps wurden als Forderungen und Verbindlichkeiten bilanziert. Eine Einzelbewertung wurde nicht vorgenommen, da die Zinsaustauschvereinbarungen zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossen wurden.

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv-/Passiv-Steuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungs-kosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2017 war keine Rückstellung zu bilden.

C. Entwicklung des Anlagevermögens

Entwicklung des Anlagevermögens							
(volle EUR)	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Zuschreibungen Umbuchungen (+) oder (-)	Abgänge	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
Immaterielle Anlagevermögen	3.857.327	64.635	–	272.883	3.649.079	311.829	619.017
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	12.011.719	–	–	43.383	11.968.336	7.774.000	8.109.033
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	51.491.185	5.480.454	–	1.194.013	55.777.626	13.871.818	12.151.828
Summe a	67.360.231	5.545.089	0	1.510.279	71.395.041	21.957.647	20.879.878
Abschreibungen							
	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderungen der kumulierten Abschreibungen aufgrund			Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschrei- bungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
		Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr)	Abgängen	Umbuchungen (+/-)			
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	3.238.310	–	257.882	–	356.822	–	3.337.250
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	3.902.686	–	–	–	291.650	–	4.194.336
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	39.339.357	–	1.106.796	–	3.673.247	–	41.905.808
Summe	46.480.353	0	1.364.678	0	4.321.719	0	49.437.394

Entwicklung des Anlagevermögens (Fortsetzung)			
	Anschaffungs- kosten 01.01. EUR	Veränderungen (saldiert) EUR	Buchwerte am Bilanzstichtag EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	24.865.00	-24.865.000	–
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	73.795.691	697.913	74.493.604
Anteile an verbunde- nen Unternehmen	6.000.000	–	6.000.000
Summe b	104.660.691	-24.167.087	80.493.604
Summe a und b	172.020.922		102.451.251

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

Aktiva 3 In den Forderungen an Kreditinstitute sind 1.161.194.330 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Restlaufzeiten	
Die in der Bilanz ausgewiesenen anderen Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) haben folgende Restlaufzeiten (ohne Bausparguthaben):	31.12.2017 EUR
bis drei Monate	–
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.341.700
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	–
mehr als fünf Jahre	–

Aktiva 4

Restlaufzeiten	
Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen an Kunden haben folgende Restlaufzeiten:	31.12.2017 EUR
bis drei Monate	77.973.682
mehr als drei Monate bis ein Jahr	178.266.892
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	837.668.278
mehr als fünf Jahre	3.476.103.348

In den Forderungen an Kunden sind 1.387.007 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Aktiva 5 Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 320.027.811 EUR fällig.

Forderungen In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	31.12.2016 EUR	31.12.2017 EUR	31.12.2016 EUR	31.12.2017 EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	–	–	846.383.198	1.161.194.330
Forderungen an Kunden (A 4)	2.269.752	793	50.621	–
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	–	–	1.401.059	1.401.059

In folgenden Posten sind enthalten

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	1.943.417.287	1.943.417.287	–	–

Aktiva 6 Wir halten Anteile oder Anlageaktien an inländischen oder vergleichbaren ausländischen Investmentvermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) von mehr als 10%:

Anlageziele

	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Asset-Allocation	787.655.574	953.875.500	166.219.926	18.985.042	Ja

Aktiva 7
Aktiva 8

Beteiligungen

Verbundene Unternehmen

Die Genossenschaft besitzt folgende Kapitalanteile an anderen Unternehmen:	Anteil am Gesellschaftskapital %	Jahr	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
			EUR	Jahr	EUR	Jahr
a) DZ Bank AG, Frankfurt	0,0078	2017	4.926.198.082	2016	326.274.919	
b) DZ Beteiligungs-GmbH & Co.KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,1954	2017	3.104.652.767	2017	84.925.425	
c) WGZ Beteiligungs GmbH & Co.KG, Düsseldorf	1,5136	2017	2.946.753.375	2017	80.570.900	
d) UIR Beteiligungs GmbH & Co.KG, Düsseldorf	1,6499	2017	46.010.673	2017	589.089	
e) Sparda-Consult GmbH, Nürnberg	14,1400	2017	500.000	2016	-54.824	
f) Sparda-Beteiligungs GmbH, Frankfurt	18,7500	2017	4.000.000	2016	1.001.255	
g) Sparda TelefonService GmbH & Co.KG, St. Ingbert	18,5400	2017	2.800.000	2016	-421.382	
h) Münchener Hypothekbank eG, München	0,2994	2017	1.002.161.510	2016	25.446.268	
i) Sparda-Datenverarbeitung eG, Nürnberg	12,7614	2017	36.316.500	2016	0	
j) VIANTIS AG, Düsseldorf	100,0000	2017	4.000.000	2017	0	
k) LAUREUS AG PRIVAT FINANZ, Düsseldorf	100,0000	2017	2.000.000	2017	12.497	

Es bestehen weitere Beteiligungen an drei Unternehmen mit einer Gesamteinlage in Höhe von 20.778 EUR, die von untergeordneter Bedeutung sind.

Mit den unter Buchstaben j und k genannten Unternehmen besteht ein Konzernverhältnis.

Auf den Konzernabschluss wird verwiesen.

Mit den zuvor genannten Unternehmen bestehen Ergebnisabführungs- und Konzernsteuerumlageverträge.

Aktiva 9 Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen ausschließlich Treuhandkredite.

Aktiva 12

Sachanlagen

In den Sachanlagen sind enthalten:	31.12.2017 EUR
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	7.622.631
Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.871.818

Aktiva 13**Sonstige Vermögensgegenstände**

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:	31.12.2017 EUR
Forderungen aus Steuern	9.337.016
Forderungen aus Provisionen	5.228.441
Forderungen an verbundene Unternehmen	3.709.218

Aktiva 15**Nachrangklausel**

In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:	31.12.2016 EUR	31.12.2017 EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	1.401.059	1.401.059

Passiva 1 In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 293.456.252 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Restlaufzeiten

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b) weisen folgende Restlaufzeiten auf:	31.12.2017 EUR
bis drei Monate	13.240.233
mehr als drei Monate bis ein Jahr	21.071.368
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	51.644.190
mehr als fünf Jahre	221.664.428

Passiva 2**Restlaufzeiten**

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden weisen folgende Restlaufzeiten auf:	Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)		Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	
	31.12.2017 EUR		31.12.2017 EUR	
bis drei Monate	38.952		5.492.438	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.169.433		19.515.102	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.350.926		15.999.998	
mehr als fünf Jahre	–		5.464.800	

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Passiva 5**Sonstige Verbindlichkeiten**

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:	31.12.2017 EUR
Verbindlichkeiten aus Steuern	2.107.622
Verbindlichkeiten aus Rechnungen	2.546.431

Passiva 6**Rechnungsabgrenzungsposten**

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:	31.12.2016 EUR	31.12.2017 EUR
Disagioträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden	28.783	16.715

Verbindlichkeiten

In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	31.12.2016 EUR	31.12.2017 EUR	31.12.2016 EUR	31.12.2017 EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	–	–	292.171.794	293.456.252
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	5.484.765	10.677.364	1.801.229	1.982.430

Passiva 12a

Gezeichnetes Kapital	
Das gezeichnete Kapital enthält folgende Geschäftsguthaben:	31.12.2017 EUR
a) der verbleibenden Mitglieder	63.078.912
b) der ausscheidenden Mitglieder	1.653.548
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	46.592
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	-

Passiva 12c

Ergebnisrücklagen		
Die Ergebnisrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR
Stand 01.01.2017	63.233.305	237.750.000
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	1.835.895	13.920.000
Stand 31.12.2017	65.069.200	251.670.000

Passiva 12d

Verwendung des Jahresüberschusses	
Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:	EUR
2,00 % Dividende auf Geschäftsguthaben	1.285.414,31
Gesetzliche Rücklage	1.380.740,79
Andere Ergebnisrücklagen	11.130.000,00
Insgesamt	13.796.155,10

In der nachfolgenden Tabelle sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte zusammengefasst. Der beizulegende Zeitwert enthält die erforderlichen Zinsabgrenzungen zum Bilanzstichtag. Die Adressenausfallrisiken sind als ungewichtete Kreditrisikoäquivalente entsprechend aufsichtsrechtlicher Eigenkapitalvorschriften angegeben.

Volumen im Derivategeschäft						
Zum Bilanzstichtag bestanden Termingeschäfte folgender Art (Angaben in Mio. EUR):	Nominalbetrag Restlaufzeit			Summe	Beizulegender Zeitwert	Adressen- ausfallrisiko
	≤1 Jahr	>1-5 Jahre	> 5 Jahre			
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	250,0	585,0	625,0	1.460,0	-315,0	3,5

Die Swaps dienen zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken. Die Zins-Swaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet.

Die Derivategeschäfte sind durch Übertragung von Barsicherheiten in Höhe von 295.432.463 EUR gesichert.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

In den Zinserträgen sind 2.112.742 EUR negative Zinsen aus Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und bei der DZ Bank AG enthalten. Die positiven Zinsen aus Kundeneinlagen in unserem Haus belaufen sich auf 106.841 EUR.

Dienstleistungen, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden für die Verwaltung und Vermittlung von Krediten, Bausparverträgen, Fonds, Versicherungen und Reisen in Höhe von 22.629.442 EUR erbracht.

E. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebenen auf 2.059.914 EUR.

Von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2017 Pensionsrückstellungen in Höhe von 522.556 EUR.

Haftungsverhältnisse

Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für:	31.12.2017 EUR
Mitglieder des Vorstandes	3.202
Mitglieder des Aufsichtsrates	1.075.415

Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäfts vorgenommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund) in Höhe von 10.164.000 EUR. Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Beschäftigte

Die Zahl der im Jahr 2017 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:	2017 Kaufmännische Mitarbeiter
Vollzeitbeschäftigte	538
Teilzeitbeschäftigte	236

Außerdem wurden durchschnittlich 34 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung

	Mitglieder Anzahl	Geschäftsanteile Anzahl	Haftsummen EUR
Anfang 2017	484.568	1.227.983	63.855.116
Zugang 2017	15.884	17.768	923.936
Abgang 2017	13.967	32.695	1.700.140
Ende 2017	486.485	1.213.056	63.078.912

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres (Nachtragsbericht) nicht eingetreten.

Geschäftsanteile und Haftsummen

	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermindert um	776.204
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermindert um	776.204
Höhe des Geschäftsanteils	52
Höhe der Haftsumme	52

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda-Banken e.V., Friedrich-Ebert-Anlage 35–37, 60327 Frankfurt am Main

Mandate in Aufsichtsgremien

Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitern werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Gesetzlicher Vertreter/Mitarbeiter	Gremium	Kapitalgesellschaft
Manfred Stevermann	Aufsichtsrat	DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG, Köln

Mitglieder des Vorstandes

(Vor- und Zuname sowie ausgeübter Beruf)

Manfred Stevermann	Geschäftsleiter	Vorsitzender
Andreas Lösing	Geschäftsleiter	stv. Vorsitzender
Michael Dröge	Geschäftsleiter	
Dominik Schlarmann	Geschäftsleiter	

Mitglieder des Aufsichtsrates

(Vor- und Zuname sowie ausgeübter Beruf)

Johannes Houben	Gewerkschaftssekretär	Vorsitzender
Anja Wendel*	Bankkauffrau	stv. Vorsitzende
Bernd Magunia	Diplom-Verwaltungswirt	stv. Vorsitzender
Friedhelm Bleicher	Bundesbahnbetriebsinspektor	
Jürgen Brüggemann	Gewerkschaftssekretär	
Ulrich Dettmann	Gewerkschaftssekretär	
Dietmar Giesen	Personalreferent	
Bernd Hamacher*	Bankkaufmann	
Ute Klefisch*	Bankkauffrau	
Roland Krug*	Bankkaufmann	
Michaela Kruse	Erste Kriminalhauptkommissarin	
Bernhard Maaßen	Technischer Bundesbahnbetriebsinspektor	bis 21.06.2017
Stefanie Moser	Regierungsamtsrätin	ab 21.06.2017
Marie Theres Nonn	Präsidentin Bundeseisenbahnvermögen	
Wilfried Otten	Gewerkschaftssekretär	Schriftführer
Luigi Palopoli*	Bankkaufmann	
Ortwin Schäfer	Geschäftsführer	
Sven Schmitte	Gewerkschaftssekretär	
Thomas Schulte*	Bankkaufmann	

* Arbeitnehmervertreter/-in

Düsseldorf, 01. März 2018
Sparda-Bank West eG

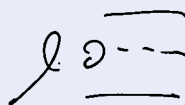
Der Vorstand



Manfred Stevermann



Andreas Lösing



Michael Dröge



Dominik Schlarmann

1. KONZERNBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017

Aktivseite	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			71.873.191,12		100.253
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			356.652.259,07		194.515
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	356.652.259,07				(194.515)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	428.525.450,19	0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00			0,00	(0)
b) Wechsel			0,00		0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			1.394.001.407,93		1.126.065
b) andere Forderungen			2.341.700,00	1.396.343.107,93	46.184
4. Forderungen an Kunden				4.571.399.206,81	4.619.281
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	3.433.052.069,73				(3.410.948)
Kommunalkredite	0,00				(0)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00	0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		527.017.866,43			548.265
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	527.017.866,43				(548.265)
bb) von anderen Emittenten		1.416.399.420,94	1.943.417.287,37		1.363.774
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.414.998.362,31				(1.362.373)
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	1.943.417.287,37	0
Nennbetrag	0,00				(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				787.655.574,93	768.671
6a. Handelsbestand				0,00	0
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			66.843.334,49		66.874
darunter: an Kreditinstituten	968.747,87				(969)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			7.650.270,00	74.493.604,49	6.922
darunter: bei Kreditgenossenschaften	2.999.990,00				(3.000)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				0,00	0
darunter: an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
9. Treuhandvermögen				40.219,24	211
darunter: Treuhandkredite	40.219,24				(211)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			763.026,00		837
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) Geleistete Anzahlungen			0,00	763.026,00	0
12. Sachanlagen				21.855.766,41	20.436
13. Sonstige Vermögensgegenstände				20.704.754,47	51.293
14. Rechnungsabgrenzungsposten				406.411,55	253
15. Aktive latente Steuern				6.241,53	335
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				1.609.979,53	1.728
Summe der Aktiva				9.247.220.630,45	8.915.897

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			10.868,02		2
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			307.620.218,78	307.631.086,80	310.706
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	2.739.362.222,75				2.816.167
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	8.559.310,70	2.747.921.533,45			18.213
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	5.534.144.849,40				5.070.145
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	46.472.337,62	5.580.617.187,02		8.328.538.720,47	74.725
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			0,00	0,00	0
darunter: Geldmarktpapiere	0,00				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00				(0)
3a. Handelsbestand				0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten				40.219,24	211
darunter: Treuhandkredite	40.219,24				(211)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				6.882.452,46	28.521
6. Rechnungsabgrenzungsposten				176.095,50	188
6a. Passive latente Steuern				0,00	0
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			37.837.386,69		34.961
b) Steuerrückstellungen			10.623.897,90		24.656
c) andere Rückstellungen			38.138.511,37	86.599.795,96	41.120
8.				0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				0,00	0
10. Genussrechtskapital				0,00	0
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00				(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				121.267.071,00	111.267
darunter: Sonderposten gem. § 340e Abs. 4 HGB	7.071,00				(7)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			64.779.052,00		65.653
eigene Anteile			-52,00		0
b) Kapitalrücklage			0,00		0
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	65.669.201,97				63.833
cb) andere Ergebnisrücklagen	251.135.806,73	316.805.008,70			237.197
d) Bilanzgewinn		14.501.180,32		396.085.189,02	18.332
Summe der Passiva				9.247.220.630,45	8.915.897

1. Eventualverbindlichkeiten

a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			4.143.314,71		4.493
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			0,00	4.143.314,71	0

2. Andere Verpflichtungen

a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			218.966.845,56	218.966.845,56	209.173
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	0,00				(0)

2. KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017			Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	152.598.203,29			172.498
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	25.410.285,85	178.008.489,14		32.256
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	2.112.742,41			(505)
2. Zinsaufwendungen			-71.710.962,76	-75.719
darunter: erhaltene negative Zinsen	106.840,89			(0)
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		19.112.426,36		13.676
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften		1.875.571,69		1.603
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00	20.987.998,05	0
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		48.816.401,37		43.683
6. Provisionsaufwendungen		-10.646.153,15	38.170.248,22	-10.012
7. Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands			0,00	41
darunter: Zuführung zum Sonderposten gem. § 340e Abs. 4 HGB		0,00		(-5)
8. Sonstige betriebliche Erträge			36.812.931,26	25.695
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen		3.799,41		(236)
9.			0,00	0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	-45.101.234,19			-47.133
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-12.004.870,11	-57.106.104,30		-9.037
darunter: für Altersversorgung	-4.000.038,08			(-949)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		-63.293.142,92	-120.399.247,22	-58.762
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			-4.491.688,07	-4.049
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			-32.675.503,45	-15.566
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-1.853.302,74		(-1.821)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	-9.596
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			4.765.510,55	0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			0,00	0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		135.000,00	135.000,00	0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18.			0,00	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			49.602.775,72	59.578
20. Außerordentliche Erträge			0,00	0
21. Außerordentliche Aufwendungen			0,00	0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-25.043.484,85	-20.863
darunter: Ergebnis aus latenten Steuern		-329.281,15		(68)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-45.613,06	-28
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			-10.000.000,00	-20.360
25. Jahresüberschuss			14.513.677,81	18.327
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			14.513.677,81	18.327
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen				
a) aus der gesetzlichen Rücklage		0,00		0
b) aus anderen Ergebnisrücklagen		0,00	0,00	5
			14.513.677,81	18.332
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen				
a) in die gesetzliche Rücklage		0,00		0
b) in andere Ergebnisrücklagen		-12.497,49	-12.497,49	0
			14.501.180,32	18.332
29. Bilanzgewinn			14.501.180,32	18.332

KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG

Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017		Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1.	Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag einschließlich Ergebnisanteile anderer Gesellschafter)	14.513.677,81	18.326.622,10
2.	+/- Abschreibungen, Wertberichtigungen/Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	2.789.776,47	784.343,71
3.	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	16.473.789,85	22.167.426,54
4.	+/- Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	7.924.818,96	35.051.326,71
5.	+/- Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	-66.771,45	346.667,59
6.	+/- Sonstige Anpassungen (Saldo)	-124.629.073,46	-131.470.607,81
7.	+/- Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kreditinstitute	-227.936.753,91	380.099.256,24
8.	+/- Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kunden	49.134.368,60	-74.634.230,81
9.	+/- Zunahme/Abnahme der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen)	-77.428.089,68	-607.619.755,25
10.	+/- Zunahme/Abnahme anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	30.635.558,89	1.486.676,07
11.	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-6.056.877,61	27.554.128,42
12.	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	349.386.957,18	226.952.705,38
13.	+/- Zunahme/Abnahme der verbrieften Verbindlichkeiten	0,00	0,00
14.	+/- Zunahme/Abnahme der anderen Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-52.260.902,91	-8.217.161,30
15.	+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	0,00	0,00
16.	+/- Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten	0,00	0,00
17.	+/- Ertragsteueraufwand/-ertrag	-25.043.484,85	-20.863.024,31
18.	+ Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	207.810.330,24	225.616.951,08
19.	- Gezahlte Zinsen	-68.829.871,02	-82.595.726,61
20.	+ Außerordentliche Einzahlungen	0,00	0,00
21.	- Außerordentliche Auszahlungen	0,00	0,00
22.	+/- Ertragsteuerzahlungen	22.387.033,88	8.020.152,58
23. =	Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 22)	118.804.486,99	21.005.750,33
24.	+ Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	165.586,92	971.307,50
25.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	24.136.500,00	-2.068.475,35
26.	+ Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	70.736,37	67.794,04
27.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-5.606.678,52	-3.539.682,90
28.	+ Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	15.001,00	0,00
29.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-384.288,71	-535.508,53
30.	+ Einzahlungen aus Abgängen aus dem Konsolidierungskreis	0,00	0,00
31.	- Auszahlungen für Zugänge zum Konsolidierungskreis	0,00	0,00
32.	+/- Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	0,00	0,00
33.	+ Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0,00	0,00
34.	- Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0,00	0,00
35. =	Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 24 bis 34)	18.396.857,06	-5.104.565,24
36.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	923.936,00	1.062.776,00
37.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von anderen Gesellschaftern	0,00	0,00
38.	- Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter des Mutterunternehmens	-1.797.744,00	-1.522.768,00
39.	- Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an andere Gesellschafter	0,00	0,00
40.	+ Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0,00	0,00
41.	- Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0,00	0,00
42.	- Gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutterunternehmens	-2.570.056,34	-2.585.141,49
43.	- Gezahlte Dividenden an andere Gesellschafter	0,00	0,00
44.	+/- Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)	0,00	0,00
45. =	Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 36 bis 44)	-3.443.864,34	-3.045.133,49
46.	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 23, 35, 45)	133.757.479,71	12.856.051,60
47.	+/- Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0,00	0,00
48.	+/- Konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0,00	0,00
49.	+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	294.767.970,48	281.911.918,88
50. =	Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 46 bis 49)	428.525.450,19	294.767.970,48

Angaben zur Kapitalflussrechnung

In der Kapitalflussrechnung wird die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes im Konzern durch die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit dargestellt. Die Erstellung erfolgt entsprechend dem Deutschen Rechnungslegungsstandard DRS 21 (Kapitalflussrechnung) gemäß den Besonderheiten der Kapitalflussrechnung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten.

Die Zuordnung der Zahlungsströme der operativen Geschäftstätigkeit erfolgt in Anlehnung an die Abgrenzung des Betriebsergebnisses.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit betrifft die Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanz- bzw. Sachanlagen. Die Finanzierungstätigkeit bildet die Zahlungsströme aus Ein- und Auszahlungen im Eigenkapital von und zu den Mitgliedern der Genossenschaft sowie mit Nachrangkapital und Genussrechtskapital ab.

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand umfasst in enger Abgrenzung lediglich die Barreserve, die sich aus dem Kassenbestand und dem Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

KONZERN-EIGENKAPITALSPIEGEL

	Gezeichnetes Kapital (Geschäftsguthaben) EUR	Kapitalrücklage EUR	Gesetzliche Rücklagen EUR	Andere Ergebnisrücklagen EUR	Bilanzgewinn EUR	Eigenkapital EUR
Stand 01.01.2017	65.652.808,00	0,00	63.833.306,80	237.196.958,52	18.332.302,23	385.015.375,55
Ausschüttung für das Geschäftsjahr 2016					-2.570.056,34	-2.570.056,34
Einzahlungen auf Geschäftsguthaben	923.936,00					923.936,00
Sonstige Einzahlungen (z.B. Kapitalrücklage)						
Auszahlungen aus Geschäftsguthaben	-1.797.744,00					-1.797.744,00
Sonstige Auszahlungen (z.B. Kapitalrücklage)						
Ergebnisrücklagen						
- Zuführung aus Bilanzgewinn Vorjahr			1.835.895,17	13.926.350,72	-15.762.245,89	0,00
- Vorwegzuweisung lfd. Jahr				12.497,49		12.497,49
- Vorwegentnahme lfd. Jahr						
Konzernjahresüberschuss 2017					14.501.180,32	14.501.180,32
Stand 31.12.2017	64.779.000,00	0,00	65.669.201,97	251.135.806,73	14.501.180,32	396.085.189,02

3. KONZERN-ANHANG

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank West eG, Düsseldorf, ist beim Amtsgericht Düsseldorf unter der Genossenschaftsregister-Nummer 473 eingetragen.

Der Konzernabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

In den Konzernabschluss wurden einbezogen:	Anteil am Gesellschaftskapital
a) LAUREUS AG PRIVAT FINANZ, Düsseldorf	100 %
b) VIANZIS AG, Düsseldorf	100 %

Auf eine Segmentberichterstattung im Konzernabschluss wurde verzichtet, weil sich die Geschäftsfelder des Sparda-Bank-Konzerns auf das Privatkundengeschäft beschränken und auch eine geografische Segmentierung wegen der Beschränkung auf das in der Satzung festgelegte Geschäftsgebiet nicht infrage kommt.

B. Erläuterungen zu den Konsolidierungsgrundsätzen sowie zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Konsolidierungsgrundsätze

Grundlage des Konzernabschlusses bildeten die einheitlich auf den Konzernabschlussstichtag aufgestellten und testierten Einzelabschlüsse der einbezogenen Konzernunternehmen. Die Kapitalkonsolidierung wurde nach der Buchwertmethode auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile vorgenommen. Die sich aus dem gegenseitigen Geschäftsverkehr ergebenden Forderungen und Verbindlichkeiten wurden verrechnet. Eine Zwischengewinneliminierung wurde durchgeführt. Die konzerninternen Aufwendungen und Erträge wurden gegeneinander aufgerechnet. Soweit Lieferungen und Leistungen erfolgten, wurden diese zu marktüblichen Bedingungen vorgenommen.

Die unter Buchstabe b in den Konzernabschluss einbezogene Gesellschaft ist von der Pflicht zur Offenlegung des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach § 264 Abs. 3 HGB befreit.

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

Bei der Aufstellung der Konzernbilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Forderungen

Die Barreserve und die Forderungen an Kreditinstitute wurden grundsätzlich mit den Nennwerten bilanziert.

Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ist. Der Unterschiedsbetrag wird planmäßig aufgelöst. Die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und unversteuerten Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe

abgedeckt. Soweit die Gründe für die in den Vorjahren gebildeten Wertberichtigungen entfallen sind, wurden diese aufgelöst. Die Ermittlung der unversteuerten Pauschalwertberichtigungen erfolgte in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung auf der Grundlage der Ausfallmethode.

Wertpapiere

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens wurden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Kurswert am Bilanzstichtag bewertet. Soweit die Gründe für die in den Vorjahren vorgenommenen Abschreibungen entfallen sind, wurde eine Zuschreibung bis zu den Anschaffungskosten vorgenommen.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften

Die Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften wurden mit den Anschaffungskosten bewertet.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Software wurde unter der Bilanzposition „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen.

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 410 EUR wurden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt.

In früheren Jahren zulässigerweise in die Handelsbilanz übernommene erhöhte Absetzungen für Abnutzung/Sonderabschreibungen nach dem Steuerrecht wurden beibehalten.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Bewertung von Ansprüchen aus Rückdeckungsversicherungen erfolgte mit den von der Versicherungsgesellschaft mitgeteilten Rückdeckungswerten.

Die übrigen Vermögensgegenstände wurden mit den Nennwerten bilanziert.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag einschließlich fälliger und anteiliger Zinsen.

Bei den Verbindlichkeiten aus abgezinsten Sparbriefen wurde der auf den Bilanzstichtag abgezinste Wert eingestellt. Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Rückstellungen

Die Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Die Rückstellungen für Pensionen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren berechnet. Hierbei wurden die Richttafeln 2005 G von Heubeck zugrunde gelegt. Als Lohn- und Gehaltstrend wurden, sofern erforderlich, 5 % und als Rententrend bei der Sparda-Bank West eG 2 % und bei der LAUREUS AG PRIVAT FINANZ 1,5 % angenommen. Als Zinssatz wurde, bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren, auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per Oktober 2017 ermittelten Zinssatzes, eine Prognose des zehnjährigen Durchschnittzinssatzes per Dezember 2017 (3,68 %) zugrunde gelegt.

Im Vergleich zu einer Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 10.626.354 EUR.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 51.174.622 EUR. Der beizulegende Zeitwert der verrechneten Rückdeckungsversicherungen betrug 44.222.623 EUR und wurde mit dem Erfüllungsbetrag der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen in gleicher Höhe saldiert. Ebenso wurden Aufwendungen für die Rückstellungen aus Pensionsverpflichtungen mit Erträgen aus Rückdeckungsversicherungen in Höhe von 1.072.845 EUR saldiert. Der Erfüllungsbetrag der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen beträgt nach Verrechnung 37.837.387 EUR.

Vom Beibehaltungswahlrecht des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wurde Gebrauch gemacht. Der Betrag der Überdeckung zum 31.12.2017 betrug 1.627.265 EUR.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften. Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich. Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die überwiegende Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme ausläuft.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31.12.2017 in Höhe von 218.966.846 EUR betreffen Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken. Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können. Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt. Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Bis zum Bilanzstichtag aufgelaufene Zinsansprüche und Zinsverpflichtungen aus Zins-Swaps wurden als Forderungen und Verbindlichkeiten bilanziert. Eine Einzelbewertung wurde nicht vorgenommen, da die Zinsaustauschvereinbarungen zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossen wurden.

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv-/Passiv-Steuerung) werden im Rahmen der Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2017 war keine Rückstellung zu bilden.

C. Entwicklung des Anlagevermögens

Entwicklung des Anlagevermögens							
(volle EUR)	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01. EUR	Zugänge EUR	Zuschreibungen Umbuchungen (+) oder (-) EUR	Abgänge EUR	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag EUR	Buchwerte am Bilanzstichtag EUR	Buchwerte Vorjahr EUR
Immaterielle Anlagevermögen	4.417.686	384.288	0	-274.871	4.527.103	763.026	837.336
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	11.986.718	0	0	-43.383	11.943.336	7.754.500	8.088.783
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	52.014.446	5.606.678	0	-1.285.913	56.335.211	14.101.266	12.347.360
Summe a	68.418.850	5.990.966	0	-1.604.167	72.805.650	22.618.792	21.273.479
	Abschreibungen (kumuliert) 01.01. EUR	Änderungen der kumulierten Abschreibungen aufgrund		Abschreibungen Geschäftsjahr EUR	Zuschrei- bungen Geschäftsjahr EUR	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag EUR	
		Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr) EUR	Abgängen EUR	Umbuchungen (+/-) EUR			
Immaterielle Anlagevermögen	3.580.350	-	259.870	-	443.597	-	3.764.077
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	3.897.935	-	-	-	290.900	-	4.188.835
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	39.667.086	-	1.190.332	-	3.757.191	-	42.233.945
Summe	47.145.371	-	1.450.202	-	4.491.688	-	50.186.857
	Anschaffungs- kosten 01.01. EUR	Veränderungen (saldiert) EUR		Buchwerte am Bilanzstichtag EUR			
Wertpapiere des Anlagevermögens	24.865.000	-24.865.000		-			
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	73.795.691	697.913		74.493.604			
Anteile an verbunde- nen Unternehmen	-	-		-			
Summe b	98.660.691	-24.167.087		74.493.604			
Summe a und b	167.079.541			97.112.396			

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

Aktiva 3 In den Forderungen an Kreditinstitute sind 1.161.194.330 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Restlaufzeiten	
Die in der Bilanz ausgewiesenen anderen Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) haben folgende Restlaufzeiten (ohne Bausparguthaben):	31.12.2017 EUR
bis drei Monate	–
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.341.700
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	–
mehr als fünf Jahre	–

Aktiva 4

Restlaufzeiten	
Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen an Kunden (A 4) haben folgende Restlaufzeiten:	31.12.2017 EUR
bis drei Monate	77.973.682
mehr als drei Monate bis ein Jahr	178.266.892
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	837.668.278
mehr als fünf Jahre	3.476.103.348

In den Forderungen an Kunden sind 1.387.007 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Aktiva 5 Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 320.027.811 EUR fällig.

Forderungen	Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	31.12.2016 EUR	31.12.2017 EUR
In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an Beteiligungsunternehmen sind:		
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	846.383.198	1.161.194.330
Forderungen an Kunden (A 4)	50.621	–
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	1.401.059	1.401.059

In folgenden Posten sind enthalten	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	1.943.417.287	1.943.417.287	–	–

Aktiva 6 Wir halten Anteile oder Anlageaktien an inländischen oder vergleichbaren ausländischen Investmentvermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) von mehr als 10 %:

Anlageziele					
	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/ Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Asset-Allocation	787.655.574	953.875.500	166.219.926	18.985.042	Ja

Aktiva 7

Beteiligungen

Die Genossenschaft besitzt folgende Kapitalanteile an anderen Unternehmen:	Anteil am Gesellschafts- kapital %	Jahr	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
			EUR	Jahr	EUR	
a) DZ Bank AG, Frankfurt	0,0078	2017	4.926.198.082	2016	326.274.919	
b) DZ Beteiligungs-GmbH & Co.KG, Baden-Württemberg, Stuttgart	0,1954	2017	3.104.652.767	2017	84.925.425	
c) WGZ Beteiligungs GmbH & Co.KG, Düsseldorf	1,5136	2017	2.946.753.375	2017	80.570.900	
d) UIR Beteiligungs GmbH & Co.KG, Düsseldorf	1,6499	2017	46.010.673	2017	589.089	
e) Sparda-Consult GmbH, Nürnberg	14,1400	2017	500.000	2016	-54.824	
f) Sparda-Beteiligungs GmbH, Frankfurt	18,7500	2017	4.000.000	2016	1.001.255	
g) Sparda TelefonService GmbH & Co.KG, St. Ingbert	18,5400	2017	2.800.000	2016	-421.382	
h) Münchener Hypothekenbank eG, München	0,2994	2017	1.002.161.510	2016	25.446.268	
i) Sparda-Datenverarbeitung eG, Nürnberg	12,7614	2017	36.316.500	2016	0	

Es bestehen weitere Beteiligungen an drei Unternehmen mit einer Gesamteinlage in Höhe von 20.778 EUR, die von untergeordneter Bedeutung sind.

Aktiva 9 Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen ausschließlich Treuhandkredite.

Aktiva 12

Sachanlagen

In den Sachanlagen sind enthalten:	31.12.2017 EUR
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	7.603.131
Betriebs- und Geschäftsausstattung	14.101.266

Aktiva 13

Sonstige Vermögensgegenstände

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:	31.12.2017 EUR
Forderungen aus Steuern	9.337.016
Forderungen aus Provisionen	5.632.875

Aktiva 15 Eine aktive Steuerabgrenzung nach § 306 HGB wurde vorgenommen.
Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.
Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Sachanlagen und Beteiligungen, denen aktive Steuerlatenzen insbesondere in den Positionen Wertpapiere und Rückstellungen gegenüberstehen.

Nachrangklausel		
In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:	31.12.2016 EUR	31.12.2017 EUR
Festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	1.401.059	1.401.059

Passiva 1 In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 293.456.252 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Restlaufzeiten	
Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b) weisen folgende Restlaufzeiten auf:	31.12.2017 EUR
bis drei Monate	13.240.233
mehr als drei Monate bis ein Jahr	21.071.368
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	51.644.190
mehr als fünf Jahre	221.664.428

Passiva 2

Restlaufzeiten	Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)
	31.12.2017 EUR	31.12.2017 EUR
Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden weisen folgende Restlaufzeiten auf:		
bis drei Monate	38.952	5.492.438
mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.169.433	19.515.102
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.350.926	15.999.998
mehr als fünf Jahre	0	5.464.800

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Passiva 5

Sonstige Verbindlichkeiten	
In den sonstigen Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:	31.12.2017 EUR
Verbindlichkeiten aus Steuern	2.225.085
Verbindlichkeiten aus Rechnungen	3.475.915

Passiva 6

Rechnungsabgrenzungsposten		
Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:	31.12.2016 EUR	31.12.2017 EUR
Disagioträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden	28.783	16.715

Verbindlichkeiten		
In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen sind:	Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	31.12.2016 EUR	31.12.2017 EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	292.171.794	293.456.252
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	1.801.229	1.982.430

Passiva 12a**Gezeichnetes Kapital**

Das gezeichnete Kapital enthält folgende Geschäftsguthaben:	31.12.2017 EUR
a) der verbleibenden Mitglieder	63.078.860
b) der ausscheidenden Mitglieder	1.653.548
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	46.592
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	–

Passiva 12c**Ergebnisrücklagen**

Die Ergebnisrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR
Stand 01.01.2017	63.833.307	237.196.959
Einstellungen		
– aus Bilanzgewinn des Vorjahres	1.835.895	13.926.351
– aus Jahresüberschuss des Geschäftsjahres	–	12.497
Stand 31.12.2017	65.669.202	251.135.807

Passiva 12d**Verwendung des Jahresüberschusses**

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss der Sparda-Bank West eG (Mutterunternehmen) wie folgt zu verwenden:	EUR
2,00 % Dividende auf Geschäftsguthaben	1.285.414,31
Gesetzliche Rücklage	1.380.740,79
Andere Ergebnisrücklagen	11.130.000,00
Insgesamt	13.796.155,10

In der nachfolgenden Tabelle sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte zusammengefasst. Der beizulegende Zeitwert enthält die erforderlichen Zinsabgrenzungen zum Bilanzstichtag. Die Adressenausfallrisiken sind als ungewichtete Kreditrisikoäquivalente entsprechend aufsichtsrechtlicher Eigenkapitalvorschriften angegeben.

Volumen im Derivategeschäft

Zum Bilanzstichtag bestanden Termingeschäfte folgender Art (Angaben in Mio. EUR):	Nominalbetrag Restlaufzeit			Summe	Beizulegender Zeitwert	Adressen- ausfallrisiko
	≤ 1 Jahr	> 1-5 Jahre	> 5 Jahre			
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	250,0	585,0	625,0	1.460,0	-315,0	3,5

Die Swaps dienen zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken. Die Zins-Swaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet.

Die Derivategeschäfte sind durch Übertragung von Barsicherheiten in Höhe von 295.432.463 EUR gesichert.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

In den Zinserträgen sind 2.112.742 EUR negative Zinsen aus Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und der DZ Bank AG enthalten. Positive Zinsen aus Kundeneinlagen in unserem Haus belaufen sich auf 106.841 EUR.

Dienstleistungen, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden für die Verwaltung und Vermittlung von Krediten, Bausparverträgen, Fonds, Versicherungen und Reisen in Höhe von 28.026.803 EUR erbracht.

E. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebenen auf 2.059.914 EUR.

Von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2017 Pensionsrückstellungen in Höhe von 522.556 EUR.

Haftungsverhältnisse	
Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für:	31.12.2017 EUR
Mitglieder des Vorstandes	3.202
Mitglieder des Aufsichtsrates	1.075.415

Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäfts vorgenommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund) in Höhe von 10.164.000 EUR. Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Beschäftigte	
Die Zahl der im Jahr 2016 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:	2017 Kaufmännische Mitarbeiter
Vollzeitbeschäftigte	585
Teilzeitbeschäftigte	240

Außerdem wurden durchschnittlich 34 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung	Mitglieder Anzahl	Geschäftsanteile Anzahl	Haftsummen EUR
Anfang 2017	484.567	1.227.982	63.855.064
Zugang 2017	15.884	17.768	923.936
Abgang 2017	13.967	32.695	1.700.140
Ende 2017	486.484	1.213.055	63.078.860

Geschäftsanteile und Haftsummen	
	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermindert um	776.204
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermindert um	776.204
Höhe des Geschäftsanteils	52
Höhe der Haftsumme	52

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres (Nachtragsbericht) nicht eingetreten.

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:
 Verband der Sparda-Banken e.V. · Friedrich-Ebert-Anlage 35–37 · 60327 Frankfurt am Main

Mandate in Aufsichtsgremien

Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitern werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Gesetzlicher Vertreter/Mitarbeiter	Gremium	Kapitalgesellschaft
Manfred Stevermann	Aufsichtsrat	DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG, Köln

Mitglieder des Vorstandes

(Vor- und Zuname sowie ausgeübter Beruf)

Manfred Stevermann	Geschäftsleiter	Vorsitzender
Andreas Lösing	Geschäftsleiter	stv. Vorsitzender
Michael Dröge	Geschäftsleiter	
Dominik Schlarmann	Geschäftsleiter	

Mitglieder des Aufsichtsrates

(Vor- und Zuname sowie ausgeübter Beruf)

Johannes Houben	Gewerkschaftssekretär	Vorsitzender
Anja Wendel*	Bankkauffrau	stv. Vorsitzende
Bernd Magunia	Diplom-Verwaltungswirt	stv. Vorsitzender
Friedhelm Bleicher	Bundesbahnbetriebsinspektor	
Jürgen Brüggemann	Gewerkschaftssekretär	
Ulrich Dettmann	Gewerkschaftssekretär	
Dietmar Giesen	Personalreferent	
Bernd Hamacher*	Bankkaufmann	
Ute Klefisch*	Bankkauffrau	
Roland Krug*	Bankkaufmann	
Michaela Kruse	Erste Kriminalhauptkommissarin	
Bernhard Maaßen	Technischer Bundesbahnbetriebsinspektor	bis 21.06.2017
Stefanie Moser	Regierungsamtsrätin	ab 21.06.2017
Marie Theres Nonn	Präsidentin Bundeseisenbahnvermögen	
Wilfried Otten	Gewerkschaftssekretär	Schriftführer
Luigi Palopoli*	Bankkaufmann	
Ortwin Schäfer	Geschäftsführer	
Sven Schmitte	Gewerkschaftssekretär	
Thomas Schulte*	Bankkaufmann	

* Arbeitnehmervertreter/-in

Düsseldorf, 28. März 2018
Sparda-Bank West eG

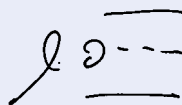
Der Vorstand



Manfred Stevermann



Andreas Lösing



Michael Dröge



Dominik Schlarmann

Zusatzangaben gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

Anlage gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum Konzernabschluss der Sparda-Bank West per 31.12.2017 („Länderspezifische Berichterstattung“).

Firmenbezeichnung, Art der Tätigkeiten und geografische Lage der Niederlassungen

Die Sparda-Bank West eG, Düsseldorf, betreibt ausschließlich inländische Niederlassungen. Im Konsolidierungskreis sind die Tochterunternehmen LAUREUS AG PRIVAT FINANZ und VIANTIS AG enthalten, deren Sitz sich ebenfalls in Düsseldorf befindet. Sämtliche nachfolgenden Angaben beziehen sich auf die Geschäftstätigkeit als regional tätiger Konzern in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Umfang der Tätigkeiten ist im Lagebericht und Konzernlagebericht des Sparda-Bank-West-Konzerns 2017, Kapitel 1 „Grundlagen des Konzerns“, beschrieben.

Umsatz

Der Umsatz wird aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB definiert: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge.

Der Umsatz im Geschäftsjahr 2017 betrug 202,3 Mio. EUR.

Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten

Zum Jahresende 2017 waren im Sparda-Bank-West-Konzern insgesamt 714 Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beschäftigt.

Gewinn und Steuern

Der Gewinn vor Steuern betrug 49,6 Mio. EUR. Unter Berücksichtigung der Steuern in Höhe von 25,1 Mio. EUR und der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 10,0 Mio. EUR ergab sich ein Nettogewinn von 14,5 Mio. EUR. Die Steuern betrafen sowohl laufende wie auch latente Steuern.

Beihilfen

Der Sparda-Bank-West-Konzern hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank West eG, Düsseldorf

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses, des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank West eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Weiterhin haben wir den Konzernabschluss der Genossenschaft und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31.12.2017, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Darüber hinaus haben wir den Bericht der Genossenschaft über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Berichts über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017,
- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31.12.2017 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017,
- vermittelt der beigefügte Bericht über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft und des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Bericht über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns in Einklang mit dem Jahresabschluss und dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Bericht über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Berichts über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses sowie des Berichts über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses, des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses, des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft und den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss, zum Konzernabschluss und zum Bericht über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen (Jahres- und Konzernabschluss)
2. Ansatz und Bewertung Drohverlustrückstellung für Derivate (Jahres- und Konzernabschluss)

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen (Jahres- und Konzernabschluss)

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich sowohl im Jahres- als auch im Konzernabschluss auf 4.571 Mio. EUR. Dies entspricht 49,4 % der Bilanzsumme des Jahresabschlusses bzw. des Konzernabschlusses. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss und den Konzernabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und den Konzernabschluss und insbesondere die jeweilige Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang bzw. im Konzernanhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ bzw. „Erläuterungen zu den Konsolidierungsgrundsätzen sowie zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Ansatz und Bewertung Drohverlustrückstellung für Derivate (Jahres- und Konzernabschluss)

- a) Die Derivatebestände belaufen sich zum 31.12.2017 sowohl für die Genossenschaft als auch im Konzern auf nominal 1.460 Mio. EUR. Dies entspricht 15,8 % der Bilanzsumme des Jahresabschlusses bzw. des Konzernabschlusses. Der beizulegende Zeitwert der Derivate zum 31.12.2017 beträgt -315 Mio. EUR. Sämtliche Derivate dienen der Steuerung des Gesamtbank-Zinsänderungsrisikos und sind in die verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs einbezogen. Die Einbindung der Derivate in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs setzt deren objektive Eignung zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos und eine entsprechende Dokumentation voraus. Daneben müssen die Derivate in einem einheitlichen Nutzungs- und Funktionszusammenhang mit den übrigen Geschäften des Bankbuchs stehen. Es besteht dabei ein Risiko, dass für einzelne Derivate die genannten Voraussetzungen nicht erfüllt werden und für diese dann ggf. im Rahmen einer imparitätischen Einzelbewertung eine Rückstellung für drohende Verluste erforderlich werden könnte. Daneben besteht ein Risiko, dass in der Analyse zur Ermittlung einer möglichen Rückstellung für drohende Verluste resultierend aus der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs Fehler auftreten. Angesichts der Volumina der Derivate ist der mögliche Ansatz und die Bewertung einer Drohverlustrückstellung für Derivate im Hinblick auf den Jahresabschluss und den Konzernabschluss und insbesondere die jeweilige Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir anhand einer Auswahl von Derivaten die ordnungsgemäße Dokumentation der Zweckbestimmung der Derivate als Sicherungsinstrument des Gesamtbank-Zinsänderungsrisikos geprüft. Daneben haben wir anhand einer Auswahl von Derivaten deren objektive Eignung zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos unter Berücksichtigung der dafür erforderlichen Kriterien untersucht. Weiterhin haben wir untersucht, ob die Derivate in einem einheitlichen Nutzungs- und Funktionszusammenhang mit den übrigen Geschäften des Bankbuchs stehen, insbesondere ob die Risiken aus den Derivaten in der internen Risikosteuerung adäquat gemessen und überwacht werden. Den implementierten Prozess zur Ermittlung eines möglichen Erfordernisses der Bildung einer Drohverlustrückstellung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs haben wir aufgenommen und auf mögliche Fehler untersucht. Anhand der zum 31.12.2017 von der Bank durchgeführten Berechnung haben wir uns von der sachgerechten Ermittlung eines möglichen Rückstellungsbedarfs überzeugt.

- c) Weitere Angaben zur verlustfreien Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs sind im Anhang bzw. im Konzernanhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ bzw. „Erläuterungen zu den Konsolidierungsgrundsätzen sowie zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten. Dort wird unter anderem auch dargelegt, dass zum 31.12.2017 eine Rückstellung für drohende Verluste aus der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs nicht erforderlich war. Daneben sind Angaben zu den von der Bank abgeschlossenen Derivaten im Anhang bzw. im Konzernanhang im Abschnitt „Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, Unterabschnitt Bilanz“ sowie im Bericht über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns in dem Abschnitt „Risikokategorien“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Berichts über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote)

Die sonstigen Informationen umfassen zudem

- den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach den §§ 289b bis 289e HGB,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, Konzernabschlusses und Berichts über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Davon werden uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt:

- der gesonderte nichtfinanzielle Bericht nach den §§ 289b bis 289e HGB,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, Konzernabschlusses und Berichts über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss, zum Konzernabschluss und zum Bericht über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Konzernabschluss, zum Bericht über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss, den Konzernabschluss und den Bericht über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses, die den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entsprechen, und dafür, dass der Jahresabschluss und der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft bzw. des Konzerns vermitteln. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses bzw. eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft und des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Berichts über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft und des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss und dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Berichts über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Bericht über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft und des Konzerns zur Aufstellung des Jahresabschlusses, des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses, des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss und der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen sind, und ob der Bericht über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft und des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss und dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss, zum Konzernabschluss und zum Bericht über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses bzw. dieses Konzernabschlusses und Berichts über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- | identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss, im Konzernabschluss und im Bericht über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- | gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Berichts über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft bzw. des Konzerns abzugeben.
- | beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- | ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft bzw. des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss bzw. im Konzernabschluss und im Bericht über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft bzw. der Konzern ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen können.
- | beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss und der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellen, dass der Jahresabschluss und der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft und des Konzerns vermitteln.
- | beurteilen wir den Einklang des Berichts über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns mit dem Jahresabschluss und dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft und des Konzerns.
- | führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Bericht über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss bzw. im Konzernabschluss oder im Bericht über die Lage der Genossenschaft und des Konzerns der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die Konzernunternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 36 Abs. 1 Satz 1 WpHG a.F.,
- Prüfung nach § 16 Makler- und Bauträgerverordnung bei der Tochtergesellschaft VIANTIS AG, Düsseldorf,
- Nach § 319a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 14. Mai 2018
Verband der Sparda-Banken e.V.

gez. Uwe Sterz gez. i.V. Heiko Hunkel
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Nordrhein-Westfalen mit dem Geschäftsgebiet der Sparda-Bank West



Stand: Mai 2018

ZENTRALE

Ludwig-Erhard-Allee 15
40227 Düsseldorf

STANDORTE**AACHEN****Filiale**

Blondelstraße 9–21
Leitung: Torsten Eickhoff

SB-Center

Lagerhausstraße 9

ARNSBERG**Filiale**

Clemens-August-Straße 3
Leitung: Christoph C. Schulte

BERGHEIM**Filiale**

Hauptstraße 54
Leitung: Markus Steinfeld

BERGISCH GLADBACH**Filiale**

Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße 10
Leitung: Ralf Bau

SB-Center

Refrather Weg 1

BOCHUM**Filiale**

Grabenstraße 14
Leitung: Jens Willmes

SB-Center

Bochum – Hauptbahnhof

Kurt-Schumacher-Platz 3

Bochum – Ruhr-Universität

Universitätsstraße 117

BONN

**REGIONALLEITUNG:
PETER GOEKE**

Rochusstraße 118–120

Filialen

Bonn-Duisdorf

Rochusstraße 118–120

Leitung: Nicole Kurz

Bonn – Heussallee

Heussallee 12–14

Leitung: Raphael Schwendtner

Bonn – Sparda-Carré

Wesselstraße 2

Leitung: Peter Mientus

ImmobilienFinanzCenter (IFC)

Rochusstraße 118–120

Leitung: Peter Goeke

SB-Center

**Bundesministerium für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

Robert-Schuman-Platz 1

BOTTROP**SB-Center**

Am Südring-Center 5

DORTMUND

**REGIONALLEITUNG:
ADRIANO ISSER**

Hansastraße 95

Filialen

Dortmund – Hansastraße

Hansastraße 95

Leitung: Frank Ponzel

Dortmund – RWE-Tower

Freistuhl 7

Leitung: Silke Redmer

ImmobilienFinanzCenter (IFC)

Hansastraße 95

Leitung: Adriano Isser

SB-Center

Dortmund – Signal Iduna Park

Strobelallee 50

DUISBURG

**REGIONALLEITUNG:
ROSWITHA WEYANDT**

Kammerstraße 6

Filialen

Duisburg – Kammerstraße

Kammerstraße 6

Leitung: Fernando Vitello

Duisburg-Wedau

Wedauer Markt 11–13

Leitung: Michael Becker

ImmobilienFinanzCenter (IFC)

Kammerstraße 6

Leitung: Roswitha Weyandt

SB-Center

Duisburg-Bissingheim

Hermann-Grothe-Straße 29

Duisburg – DB Schenker

Masurenallee 33

Duisburg – Hansastraße

Hansastraße 15

Duisburg – Innenstadt

Düsseldorfer Straße 23–25

DÜREN**Filiale**

Kölnstraße 24

Leitung: Carsten Züll

DÜSSELDORF

**REGIONALLEITUNG:
ANGELIKA PETERS**

Ludwig-Erhard-Allee 15

Filialen

Düsseldorf-Altstadt

Marktplatz 9

Leitung: Piet Meuer

Düsseldorf-Benrath

Börchemstraße 35

Leitung: Piet Meuer

Düsseldorf-Friedrichstadt

Friedrichstraße 20–22

Leitung: Piet Meuer

Düsseldorf-Kaiserswerth

Kaiserswerther Markt 35

Leitung: Marion Löffler

Düsseldorf-Pempelfort

Nordstraße 85

Leitung: Marion Löffler

Düsseldorf – Zentrale

Ludwig-Erhard-Allee 15

Leitung: Michael Aschoff

ImmobilienFinanzCenter (IFC)

Ludwig-Erhard-Allee 15

Leitung: Angelika Peters

SB-Center

Düsseldorf – Stadttor

Stadttor 1

ESSEN

REGIONALLEITUNG:
STEFAN DUNKEL

Kruppstraße 41

Filialen

Essen-Borbeck

Marktstraße 21

Leitung: Jörn Meissner

Essen – Kruppstraße

Kruppstraße 41

Leitung: Reiner Kirchner

Essen-Mitte

Willy-Brandt-Platz 8

Leitung: Thomas Jörgens

Essen-Steele

Bochumer Straße 24

Leitung: Andrea Heising

ImmobilienFinanzCenter (IFC)

Kruppstraße 41

Leitung: Stefan Dunkel

SB-Center

Essen – Alleecenter

Altenessener Straße 411

Essen – Kennedyplatz

Kennedyplatz 11

Essen-Werden

Brückstraße 12

EUSKIRCHEN

Filiale

Bahnhofstraße 27–29

Leitung: Ralf Klinkhammer

GELSENKIRCHEN

Filialen

Gelsenkirchen-Buer

De-la-Chevallerie-Straße 21

Leitung: Thomas Probst

Gelsenkirchen-Mitte

Von-Oven-Straße 6–8

Leitung: Stephan Jastrzembski

GREVENBROICH

Filiale

Breite Straße 8–10

Leitung: Franziska Orgs

GUMMERSBACH

Filiale

Dieringhauser Straße 2

Leitung: Oliver Schneider

HAGEN

Filialen

Hagen

Friedrich-Ebert-Platz 7

Leitung: Michael Lehr

Hagen-Vorhalle

Vorhaller Straße 15–17

Leitung: Petra Jochheim

HAMM

Filiale

Gustav-Heinemann-Straße 14–18

Leitung: Sebastian Nühse

HERNE

Filialen

Herne-Mitte

Bahnhofstraße 44

Leitung: Stefan Tysbierek

Herne-Wanne

Wanner Straße 6–8

Leitung: Stefan Tysbierek

ISERLOHN

SB-Center

Wasserstraße 11

JÜLICH

Filiale

Poststraße 14

Leitung: Carsten Züll

KÖLN

REGIONALLEITUNG:
STEFAN MITTMANN

Johannisstraße 60–64

Filialen

Köln – Appellhofplatz

Appellhofplatz 1

Leitung: Brigitte Völzke

Köln – Breslauer Platz

Johannisstraße 60–64

Leitung: Markus Kupka

Köln-Deutz

Deutzer Freiheit 113

Leitung: Stephanie Siebert

Köln-Porz

Ernst-Mühlendyck-Straße 1–3

Leitung: Steven Schmitz

Köln-Rath/Heumar

Rösrather Straße 771

Leitung: Steven Schmitz

ImmobilienFinanzCenter (IFC)

Johannisstraße 60–64

Leitung: Stefan Mittmann

SB-Center

Köln-Bocklemünd – WDR

Freimersdorfer Weg 6

Köln-Gremberghoven

Talweg 16

Köln-Nippes – Pavillon

Werkstattstraße 102

Köln – Riehler Straße

Riehler Straße 3

KREFELD

Filiale

Königstraße 91–93

Leitung: Andrea Hambloch

KREUZTAL

SB-Center

Bahnhofstraße 11

LENNESTADT- ALTENHUNDEM

Filiale

Am Rathaus 3

Leitung: Lars Jeschke

LEVERKUSEN

Filiale

Kölner Straße 118–120

Leitung: Christina Spermann

SB-Center

Leverkusen-Opladen

Goethestraße 23

Leverkusen – Rialto-Boulevard

Heinrich-von-Stephan-Straße 2

LÜDENSCHIED

Filiale

Friedrichstraße 1

Leitung: Lars Jeschke

LÜNEN

Filiale

Bebelstraße 65

Leitung: Sebastian Nühse

MOERS

REGIONALLEITUNG:
ROSWITHA WEYANDT

Kammerstraße 6
Duisburg

Filiale

Neumarkt 11
Leitung: Michael Becker

MÖNCHENGLADBACH

Filiale

Bismarckstraße 100
Leitung: Sabine Fruhen

MÜLHEIM AN DER RUHR

Filiale

Eppinghofer Straße 50
Leitung: Günter Draken

SB-Center

Mülheim-Saarn
Düsseldorfer Straße 98

NEUSS

Filiale

Krefelder Straße 62
Leitung: Stephan Pohl

OBERHAUSEN

Filialen

Oberhausen-Mitte
Langemarkstraße 24
Leitung: Dominik Kanders

Oberhausen-Osterfeld
Bottroper Straße 168
Leitung: Thorsten Geitz

PADERBORN

Filiale

Bahnhofstraße 5
Leitung: Elke Glaudemans

SB-Center

Paderborn – Bahnhofstraße
Bahnhofstraße 27

Paderborn – Hermann-Kirchhoff-Straße
Hermann-Kirchhoff-Straße 4

RATINGEN

SB-Center

Ratingen – Real
Am Sandbach 30

RECKLINGHAUSEN

Filiale

Kurfürstenwall 5
Leitung: Michael Schulze

REMSCHIED

Filiale

Alleestraße 90
Leitung: Xaver Gehrmann

SB-Center

Remscheid-Lennep
Ringelstraße 2

SCHWERTE

Filiale

Rathausstraße 6
Leitung: Andreas Blöink

SIEGBURG

Filiale

Mühlenstraße 58
Leitung: Lutz-Peter Reinhardt

SIEGEN

Filiale

Hindenburgstraße 2
Leitung: Ulrich Bruch

SOEST

Filiale

Am Seel 1a
Leitung: Rüdiger Winrich

SOLINGEN

Filialen

Solingen-Ohligs
Düsseldorfer Straße 43
Leitung: Martin Oberwinster

Solingen-Zentrum
Hauptstraße 56
Leitung: Martin Oberwinster

VELBERT

Filiale

Friedrichstraße 140
Leitung: Verena Fischer

VIERSEN

Filiale

Hauptstraße 137–139
Leitung: Carsten Zint

WARBURG

Filiale

Paderborner Tor 98
Leitung: Frank Becker

WESEL AM RHEIN

Filiale

Wilhelmstraße 5–7
Leitung: Jens Schulz

WITTEN

Filiale

Marktstraße 2
Leitung: Marcel Daumann

WÜLFRATH

SB-Center

Zur Fliethe 8

WUPPERTAL

REGIONALLEITUNG:
SWIDBERT OBERMÜLLER

Bankstraße 3

Filialen

Wuppertal-Barmen
Werth 65
Leitung: Swidbert Obermüller

Wuppertal-Elberfeld
Bankstraße 3

Leitung: Wioletta Bonny

Wuppertal-Vohwinkel
Kaiserstraße 24
Leitung: Thomas Hillebrand

ImmobilienFinanzCenter (IFC)

Bankstraße 3
Leitung: Swidbert Obermüller

SB-Center

Wuppertal-Unterbarmen
Wicküler Park
Mauerstraße 14

Prokuristen

Generalbevollmächtigter

Hermann-Josef Simonis

Produktion

Stephan Druba

Bereichsleiter Marktfolge Aktiv

Guido May

Bereichsleiter Marktfolge Passiv

Michael Prangenberg

Bereichsleiter IT, Einkauf, Immobilienservice und Service

Steuerung

Klaus Baldeau

Bereichsleiter Personalbetreuung

Dr. Christian Bree

Bereichsleiter Treasury

Tanja Decking

Bereichsleiterin Vorstandsstab/Recht

Michael Nienhaus

Bereichsleiter Controlling

Jochen Reinartz

Bereichsleiter Organisation/Zentrale Dienste

Vertrieb

Monika Dahmen

Vertriebsdirektorin

Ralf Görres

Vertriebsdirektor

Andreas Luckhof

Vertriebsdirektor

Andreas Schweers

Bereichsleiter Marketing

Bernhard Syben

Vertriebsdirektor

Uwe Wölk

Vertriebsdirektor

Stand: Mai 2018

Impressum

Herausgeber

Sparda-Bank West eG
Ludwig-Erhard-Allee 15
40227 Düsseldorf

Die Sparda-Bank West im Internet:
www.sparda-west.de

Gestaltung

bubedamekönig designbüro, Köln

Druck

Albersdruck GmbH & Co. KG
Klimaneutral gedruckt (DE-158-992210)
auf FSC®-zertifiziertem Papier

Kontakt

Sparda-Bank West eG
Unternehmenskommunikation
Dr. Ulrike Hüneburg
Telefon: 02 11 2 39 32-91 20
Telefax: 02 11 2 39 32-96 96
E-Mail: ulrike.hueneburg@sparda-west.de



Sparda-Bank West eG
Ludwig-Erhard-Allee 15
40227 Düsseldorf

www.sparda-west.de